

ArbeiterRüminne

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in allen Städten erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen
Verbreitungsgebiet Ost Sachsen / Beilagen: Der rote Stern / Rund um den Erdball / Proletarisches Feuilleton / Das Bild der Woche

Einzelnummer: bis neuem Kapitalistengesetz über 10 Pf., für Namensnennung 20 Pf., für die Reichsmesse (ausreichend
an den Reichstag) 10 Pf., für Ausgaben-Mitnahme zur
Summe von 9 Uhr an in der Exposition Dresden-K. 1. Güterbahnhofstrasse 2.
Einzelnummer frei Haus monatlich 10 RM (zulässig im voraus), durch

die Wk 2,50 RM (ohne Aufschlusszahl). Die „ArbeiterRüminne“ erscheint täglich,
außer an Sonn- und Feiertagen. In Süßen lädt der Sozialdemokratische Beauftragte auf
Sitzungen der Sitzungen der Gewerkschaften des Bezirksverbandes.
Verlag: Dresdner Verlags-Gesellschaft mbH, Dresden-2. Redaktionelle und Re-
daktion: Güterbahnhofstr. 2, Dresden; 17.129. Verkaufsstelle: Dresden 18.690.

Verantwortlich für Redaktion: Otto Göbel, Dresden; für Politik mit Ausnahme
der Sozialdemokratie: Maxima, Gewerkschaften, Sport, Kultur und Volksbildung;
Schriftleiter: Maxima, Dresden; für Ausland: Karl Weidner, Berlin; für Ausland
und Auswärtige: Otto Wild, Berlin; für Presse: Heinz Müller, Dresden;
für Druck und Verlag: Dresdner Verlags-Gesellschaft m. A. S. Dresden.

7. Jahrgang

Dresden, Donnerstag den 17. Dezember 1931

Nummer 208

Einpeitscher der Brüning-Notverordnung:

ADGB-Führer wollen den Lohnabbau!

Ablenkungsmanöver der Gewerkschaftsführer. Sie wollen den „Kampf für Preisabbau“, statt Kampf gegen Lohnabbau!
Sozialdemokratischer Schlichter Wissell distanziert einen 15 prozentigen Lohnabbauschiedspruch für Berliner Metallarbeiter!

In der Bundesauschaltung des ADGB, die am Montag tagte, haben die reformistischen Gewerkschaftsführer freiwillig darauf verzichtet, noch irgendwelche Lohnkämpfe zu führen. Sie geben damit die wichtigste und grundlegende Funktion der Gewerkschaften, das Streikrecht, preis und unterstützen damit praktisch den von Brüning verordneten Lohnabbau.

Die Notverordnung ist noch nicht acht Tage alt und schon distanziert sozialdemokratische Schlichter Lohnabbau-Schiedsprüche. SPD-Wissell hat gestern gegen die Berliner Metallarbeiter einen 10 bis 15 prozentigen Lohnabbauschiedspruch gefällt, der im Januar nächsten Jahres in Kraft treten soll.

Die Gewerkschaften werden von sich aus alle Anstrengungen machen, auf einen sichtbaren Preisabbau hinzuwirken.“

Zu diesem Scheinkampf gegen die hohen Preise wollen die ADGB-Führer ablenken von den notwendigen Kämpfen der Arbeiter gegen den Lohnabbau. Es ist ja nicht das erste Mal, daß der Kampf gegen den Lohnabbau von den ADGB-Führern als „Kriegsschauplatz“ bezeichnet wird. Dabei hat der ADGB-Führer Spädel in einem Referat über die Lohnabbauschiedsprüchen der neuen Notverordnung selbst zugeben müssen, daß durch die

Löhne im Vergleich zum Jahre 1930 um mindestens

27 bis 29 Prozent gesenkt

worden. Der Vertreter des Bergarbeiterverbandes steht logar aus, daß es Bergarbeiter gibt, die jetzt bereits mehrere Mark weniger in der Woche verdienen, als die Wohlfahrtsunterstützung beträgt.

Und trotzdem sein Wort vom Kampf gegen den Lohnabbau! Sein Wort von der notwendigen Zusammensetzung aller Kräfte

Lohnabbau für die Berliner Metaller!

Berlin, 17. Dezember (Eig. Meld.)

Der sozialdemokratische Schlichter Wissell hat gestern nachmittag für die Berliner Metallindustrie einen Schiedspruch gefällt, der 10 bis 15 Prozent Lohnabbau vorsieht. Die ungeheuerlichen Lohnentnahmen sollen vor allem die niedrigbezahlten Arbeiter und Arbeiterinnen treffen. Nach Mitteilungen, die noch nicht bestätigt sind, soll dieser ungeheuerliche Lohnraub vom 21. Januar bis 30. April gelten.

Der sozialdemokratische Schlichter Wissell besichtigt 10 bis 15 Prozent Lohnraub, der sozialdemokratische Schlichter Wissell unterstützt jenes Bündnis, das sich in der Zusammenarbeit von Brüning und Graumann im Wirtschaftsrat einzahlt, in das Bündnis zum Lohnraub. Der sozialdemokratische Schlichter Wissel will mit einem Federstrich die Löhne der Berliner Metaller um 10 bis 15 Prozent herabsetzen. Die anerkannten und ungelerten Arbeiter und Arbeiterinnen sollen die härteste Lohnentnahmen haben. Das ist die Frauenpolitik der SPD. Alle Metallarbeiter sollen wahre Hungerlöhne erhalten.

Dieser Schiedspruch ist das Produkt der Arbeitsgemeinschaftspolitik, der Politik des Bundes der Gewerkschaftsführer mit der kapitalistischen Diktatur. Dieser Schiedspruch ist die Politik Brünings und Severings.

Zuchthausurteil in Leipzig

87 Monate Kerker für Kommunisten! Sächsische Arbeiter! Antwortet durch verstärkte Werbung für die KPD! Gebt und sammelt für die Rote Hilfe!

Der 4. Strafsenat des Reichsgerichts in Leipzig fällte gestern ein ungeheuerliches Zuchthausurteil gegen die Chemnitzer Kommunisten Wagner und Harisch. Insgesamt wurden 87 Monate Kerker verhängt. Die Urteile lauten:

- 2 Jahre, 6 Monate Zuchthaus für Wagner,
- 2 Jahre, 6 Monate Zuchthaus für Harisch,
- 2 Jahre Festung für Baunack,
- 3 Monate Gefängnis für Dora Goller.

Die Wagner und Baunack wird je 1 Jahr Untersuchungshaft angerechnet, für Harisch 6 Monate, für Dora Goller gilt die Strafe durch die Untersuchungshaft als verdächtigt.

Kommunisten ehrlos gemacht, weil sie gegen Interventionsheger kämpften! Schützer der Sowjetunion ins Zuchthaus gesetzt! Dieses Terrorurteil der Kaiserkritiz muss beantwortet werden! Sächsische Arbeiter müssen in einem Massenaufruhr der Roten Hilfe zusammentreten! Tausende Plakat für die revolutionären politischen Gefangen, für die Rote Hilfe müssen gestimmt werden! Verstärkte Massenmobilisierung der weitäufigen Massen gegen Rot und Reaktion, gegen Kaiserkritiz und Kaiserkritiz, zum roten Volksentscheid in Sachsen — das muß das tausendfache Echo auf das Schreien und Sagen läßt! Die revolutionäre Arbeiter sein!

Zu den Gemeindewahlen in Württemberg

Lehren aus den Fehlern und Schwächen unserer Arbeit!

Vom Zentralkomitee der KPD wird uns geschrieben:

Die jetzt vorliegenden Wahlergebnisse der am 6. Dezember in Württemberg stattgefundenen Gemeindewahlen bestätigen zwar in der Hauptlinie die allgemeine Entwicklung, wie sie in Deutschland bei den Wahlen der letzten Zeit zu den verschiedenen Parlamenten: Hamburg, Anhalt, Hessen, zum Ausdruck gekommen ist, bleiben aber hinsichtlich des Grades unseres Vormarsches hinter verschiedenen Wahlen, vor allem in Hamburg, zurück. Die Wahlen in den größeren Orten Württembergs zeigen das Bild: Desinteressierung der alten bürgerlichen Parteien und Wachsen der Nazis auf Kosten dieser bürger-

KPD-Vorstoß im Landtag gegen Schick-Régime, Naziterror, SPD-Tolerierung. (Bericht Seite 7)

lichen Parteien, mit Ausnahme des Zentrums, das ebenso wie in Hessen, in Württemberg eine größere Rolle spielt und seinen Wählerkreis gehalten hat; außerdem großer Verluste der Sozialdemokratischen Partei, die in den verschiedenen Orten zwischen 25 und 30 Prozent schwanken, und Vormarsch der Kommunistischen Partei auf Kosten der SPD.

Die Kommunistische Partei hat mit Ausnahme von Stuttgart in einer Anzahl von Städten einen erheblichen Vorsprung zu verzeichnen, so in Esslingen, wo unsere Partei die Sozialdemokratie geschlagen hat, so in Ulm, wo die Kommunistische Partei ihre Stimmenzahl vom 14. September 1930 von 1288 auf 3124, also um etwa 150 Prozent, erhöhte, so in Rückingen, wo die Kommunistische Partei fast das Viertel der Stimmen der SPD beträgt, usw. Nichtsdestoweniger kann trotz dieser einzelnen glänzenden Erfolge das Ergebnis der württembergischen Gemeindewahlen im ganzen nicht befriedigen. Der Kommunistischen Partei ist es in den seltensten Fällen gelungen, die Basis der proletarischen Wähler der SPD, die die sozialfascistische Politik der Wels, Breitfeld, Keil, Rößmann usw. als Verrat an der Arbeiterklasse erkennen und der SPD den Rücken lehnen, restlos für die revolutionäre Einheitsfront unter der Führung der Kommunistischen Partei zu mobilisieren. Große Teile proletarischer Wähler, die bisher der SPD folgten, haben sich nicht an der Wahl beteiligt. Das zeigt die geringere Wahlbeteiligung gegenüber den anderen Wahlen der letzten Zeit und der außerordentlich starke Stimmenverlust der Sozialdemokratischen Partei in Württemberg.

Die SPD verlor in Esslingen rund 3200 Stimmen, während die Kommunistische Partei nur 600 Stimmen gewonnen hat. In Ulm verlor die SPD rund 2900 Stimmen, während die KPD nur 1900 Stimmen gewonnen hat. In Heilbronn verlor die SPD rund 4900 Stimmen, während unsere Partei nur 1142 gewonnen hat. Ein ähnliches Verhältnis ist in anderen Industriestädten Württembergs festzustellen.

In Stuttgart, der größten Stadt Württembergs, hat die SPD rund 13.300 Stimmen verloren. Ihr prozentualer Stimmenanteil an den Gesamtwahlen ist von 26,9 auf 22,5 Prozent gesunken. Der Kommunistischen Partei ist es in Stuttgart nicht gelungen, auch nur einen Bruchteil dieser abgewanderten sozialdemokratischen Wählermassen zu mobilisieren. Im Vergleich zu den Reichstagswahlen im September 1930 hat unsere Partei in Stuttgart rund 600 Stimmen verloren. Trotz der geringeren Wahlbeteiligung liegt jedoch unter prozentualer Stimmenanteil an den Gesamtwahlen von rund 17,2 Prozent auf 18,6 Prozent. Dagegen ist es der Fünfte der Sozialdemokratie, der Brandgruppe, in Stuttgart gelungen, auf ihre Liste 4082 Stimmen zu gewinnen. Es ist völlig unglaublich, die für die Brandgruppe abgegebenen Stimmen zu den Stimmen der Kommunistischen Partei hinzuzählen und daraus zu schließen, daß die Kommunistische Partei in Stuttgart deshalb einen Erfolg zu verzeichnen habe, weil ja bei den Reichstagswahlen im September 1930 die Brandgruppe auf Grund ihrer Unfähigkeit, eine eigene Liste aufzustellen, ihre Abstimmung zur Wahl der Kommunistischen Partei aufgefordert hat. Das würde bedeuten, die Rolle dieser Gruppe als einer Fünfte des Sozialstaates zu vertreten. Ihre Aufgabe besteht gerade darin, den Übergang der revolutionären oppositionellen sozialdemokratischen Arbeiter zur revolutionären Klassenfront zu verhindern, die sozialdemokratischen Arbeitermassen einzuführen, die Liquidierung des Masseneinflusses der SPD durch die Kommunistische Partei zu bringen, den SPD-Führern zu helfen, die Politik des Arbeitervertrags, den Sozialfascismus durchzuführen. Das Wahlergebnis in Stuttgart zeigt, daß die

Durchführung dieser Aufgabe der Brandgruppe zu einem erheblichen Teil gelungen ist, sie hat in der Tat den Wehrgang weiterer sozialdemokratischer Arbeitermassen in das Lager des Kommunismus verhindert. Rund 10.000 Wähler, die im September noch für die Sozialdemokratische Partei stimmten, sind der Wahl ferngeblieben und wurden nicht von der kommunistischen Partei mobilisiert. Die Bedeutung dieser Zillale der SPD als Barrier im Kampf der kommunistischen Partei um die Eröfung der Mehrheit der Arbeiterschaft liegt auf der Hand.

Daher ist trotz des revolutionären Kampfes und der Initiative der Parteimitglieder nicht gelungen ist, in stärkerem Maße in die Reihen der Sozialdemokratie einzudringen, die bisherigen Erfolge auszubauen und die Positionen der Partei zu stärken, hat im wesentlichen seine Ursache in einer Reihe politischer organisatorischer Fehler und Schwächen der Arbeiterschaft der kommunistischen Partei im Bezirk Württemberg.

Worin liegen die Fehler und Schwächen unserer Partei im Kampf gegen die SPD und ihre brandgrifftische Zillale in Württemberg? Die Parteileitung der KPD entwölfe in ihrem Wahlkampf eine unzulässige opportunistische Abweichung, die darin zum Ausdruck kam, daß sie die Lösung: „Kommunisten aufs Rathaus!“ zur Hauptlösung machte. Anstatt die noch vorhandenen parlamentarischen demokratischen Illusionen, die gerade von der SPD immer von neuem genutzt werden, in den Massen zu zerstören, was die Lösung: „Kommunisten aufs Rathaus!“ geeignet, die parlamentarischen Illusionen zu erhalten und zu stärken. Mit dieser Lösung werden die Illusionen konserviert, als genüge es, Kommunisten zu wählen, um eine Besserung der Lage der Arbeiterschaft im Rahmen der Gemeinde zu erreichen. An Stelle des Kampfes der Arbeiterschaft gegen die Diktatur des Großkapitals, gegen die mit unerhörter Wucht und Brutalität geführte Lohnrauboffensive der Unternehmer, gegen die brutale Auslagerungspolitik des Kommunalapparates der Bourgeoisie gegenüber den Erwerbslosen und Sozialintellektuellen, tritt der parlamentarisch geführte Kampf der Kommunisten in den Gemeinderäten. Das ist die Konsequenz dieser opportunistischen Lösung! Diese Lösung macht die Partei zugleich auch unsfähig, den Hauptrath der Massen gegen die Sozialdemokratie als die soziale Hauptstütze der Bourgeoisie, die diese auch in den Kommunalverwaltungen ist, zu führen. Der Kampf unserer Partei gegen die SPD wird auf das Niveau des parlamentarischen Kampfes herabgedrückt.

Aus dieser falschen opportunistischen Einstellung heraus lassen sich eine ganze Reihe weiterer Fehler und Schwächen unserer Partei ableiten. Wenn sich die kommunistische Partei darauf beschränkt, nur durch den parlamentarischen Kampf, nur durch die Entlarvung der Sozialdemokratie in den Parlamenten den Masseneinschlag der Sozialdemokratischen Partei liquidieren zu wollen, dann ist die Herstellung der Einheitsfront des Proletariats keine unabdingbare Notwendigkeit. Aber das Ziel der kommunistischen Partei war niemals, die Bourgeoisie und ihre soziale Hauptstütze, die SPD, auf dem Parkett des Parlaments zu schlagen. Die Bourgeoisie und die SPD können nur im außerparlamentarischen Kampf, im Kampf der Massen und durch die Massen selbst unter Führung der Kommunistischen Partei geschlagen werden. Das Parlament ist für die kommunistische Partei nur eine Tribüne, um die Massen zum Kampf gegen die Bourgeoisie und die SPD zu mobilisieren.

In der gegenwärtigen Situation, das hat das Zentralkomitee in allen seinen Beschlüssen dokumentiert, steht also die Hauptaufgabe der Partei, die Eröfung der Mehrheit der Arbeiterschaft. Diese Mehrheit wird nur erobert durch die Organisierung und Führung aller Kämpfe der Arbeiter gegen die Bourgeoisie, in erster Linie durch die Organisierung und Führung des Kampfes der Arbeiter in den Betrieben gegen den Lohnraub, gegen jeden Willkürtat der

Zwei Welten

Zwei Welten stehen sich gegenüber: der alte, morsche, faulende, der die Massen in Not und Elend pressende Kapitalismus und der junge, kräftige, aufblühende Sozialismus, der die Produzenten von der Arbeitsqual befreit, sie in ständig wachsendem Maße an der sich rasch entwickelnden gesellschaftlichen Produktion teilnehmen läßt, ihnen den Weg zum Aufstieg auf neue Höhen ebnen.“

Aus dem erschienenen Band I des Werkes von Hermann Remmeli, „Die Sowjetunion“, 300 Seiten, Leinen, 2,85 Mark.

Unternehmer. Das ist die brennende Aufgabe der Partei in dieser Situation. Hätte die württembergische Bezirksleitung entsprechend diesen Direktiven des Zentralkomitees gehandelt, so wäre es ihr vor allem in Stuttgart möglich gewesen, nicht nur die SPD, sondern auch ihre Zillale, die Brandgruppe, zu schlagen, deren Führung die Gewerkschaftsbürokratie des DMW in Stuttgart, die Kraus, Dangel, Mögner usw. sind. In der Tat hat jedoch die Bezirksleitung keinen ernsthaften Kurs auf die Organisierung des Kampfes beispielweise der Metallarbeiter in Stuttgart gegen den siebenprozentigen Lohnraub genommen. Obgleich die Belegschaften der größten Metallbetriebe Stuttgarts und Esslingens sich fast einmütig gegen den Lohnraub gewandt haben, obgleich einige Betriebe Streikbeschlüsse gefaßt haben, ist nur in dem Betrieb Daimler, Sindelfingen, unter Führung der KPD und der kommunistischen Partei der Streik — und zwar in glänzender Art — geführt worden, wobei gerade durch diesen Streik bewiesen wurde, daß die Arbeiter zum Kampf bereit und fähig sind, wenn sie nur eine Führung haben. Die Führer der Brandgruppe unterstehen sich bei der Durchführung des Lohnraubs an den Stuttgarter Metallarbeitern in nichts von der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie. Sie leisteten genau wie diese die gleiche Streikbretterbürokratie, sie verhinderten, daß sich die Metallarbeiter mit der Waffe des Streiks gegen den Lohnraub zur Wehr legen. Indem die Parteileitung im Bezirk Württemberg darauf verzichtete, im Kampf der Metallarbeiter gegen den Lohnraub in der Tat die Führung zu übernehmen, ermöglichte sie es zugleich der SPD und der Brandgruppe, ihre betrügerische, arbeitervertretende Rolle fortzuführen.

Die Tatsache, daß es der kommunistischen Partei im Bezirk Württemberg trotz der Krise in der SPD nicht gelungen ist, in die Reihen der sozialdemokratischen Partei einzudringen und größere Massen sozialdemokratischer Arbeiter aus der Front der sozialdemokratischen Führer loszureißen, wie dies beispielweise die kommunistische Partei in Baden mit Erfolg durchgeführt, ist nur ein Ausdruck der fehlerhaften Politik unserer Partei im Bezirk Württemberg. Ebenso das Fehlen einer Einheitsfrontbewegung von unten im Kampf gegen die Offensive der Bourgeoisie.

Diese fehlerhafte Politik, dieses Nichtverstehen, daß die Partei in der gegenwärtigen Situation, um die Bourgeoisie zu schlagen, den Hauptrath gegen die SPD als die soziale Hauptstütze des Kapitalismus führen muß, hat zu einer weiteren großen opportunistischen Abweichung an einigen Orten in Württemberg geführt. So sind in sechs Orten kommunistische Ortsgruppen mit der SPD-Viltenverbündung eingegangen, in drei Orten wurden von den Kommunisten gemeinsam mit den Sozialdemokraten „gemischte Listen“ aufgestellt. In dem Ort Unterkirchbach wurde die Ortsgruppe der kommunistischen Partei liquidiert. Diese Ortsgruppe bildete zusammen mit der SPD-Ortsgruppe eine „Bereinigte Arbeiterpartei“.

Aus der gleichen opportunistischen Einstellung heraus, wie sie in der Lösung: „Kommunisten aufs Rathaus!“ dokumentiert wird, hat es die Parteileitung in Württemberg nicht verstanden, die Gemeindewahlen zu einer Mobilisierung auch der kleinstädtischen Massen in Württemberg zu benutzen, um die Frage des Bindungsloses der Arbeiter und Kleinbauern zum Kampf gegen die Diktatur der Bourgeoisie unter proletarischer Führung zu stellen. Obgleich die Partei

Nazi- und KPD-Führer sichern die Durchführung der Notverordnung

Eine ausschlußreiche Abstimmung im braunschweigischen Landtag unter Nazi-Klappgesicht

Braunschweig, 17. Dez. (Eig. Draht.) Im braunschweigischen Landtag fanden sich in der letzten Zeit die Nazis und KPD-Führer zu einer Einheitsfront zusammen, um die Durchführung der Brüningschen Notverordnung zu sichern.

Die Nazifaktion hatte einen Dringlichkeitsantrag gestellt, der „das Staatsministerium erachtet, unverzüglich den Herrn Reichspräsidenten und die Reichsregierung aufzufordern, die sofortige gänzliche Aushebung der Notverordnung des Reichspräsidenten vom 8. Dezember herbeizuführen“. Das Manöver der Nazis, sich als „Belämpfer der Notverordnungskomitee“ zu drapieren, gelang jedoch völlig daneben. Die KPD stellte durch den Gen. Winter die Nazis durch den Zusatzantrag:

„Die Durchführung der Notverordnung im Freistaat Braunschweig wird ausgeschlossen.“

Bei den Nazis herrschte betretenes Schweigen. Sie sahen sich vor eine Abstimmung gestellt, die ihre betrügerische Agitation schwer trifft. Bei der Unterstüzungfrage zu dem kommunistischen Antrag unterstützte die SPD die Nazis, da diese nicht allein den kommunistischen Antrag zu Fall bringen können. In der Abstimmung erhebt sich

eine geschlossene Front von den Nazis bis zur SPD gegen den Antrag der Kommunisten auf Nichtdurchführung der Notverordnung.

Ein Entrüstungstum von der Tribune beantwortet diese Abstimmung. Nazis und SPD sind beide Parteien des kapitalistischen Staates für die Notverordnung mit all ihren Auswirkungen auf die Werkstätten. Ihre Proteste sind Deutz-Kämpfer gegen die Notverordnung, die Kommunistische Partei des

Kapitalistischen Staates für die Notverordnung mit all ihren Auswirkungen auf die Werkstätten. Ihre Proteste sind Deutz-Kämpfer gegen die Notverordnung, die Kommunistische Partei des

Nachdem der klare kommunistische Antrag von der KPD-Front zu Fall gebracht war, wurde der billige Nationalsozialismus

angekommen.

Dresden, den 17. Dezember.

In der heutigen Landtagssitzung steht ein kommunistischer Antrag zur Abstimmung, in dem die KPD-Faktion fordert, daß in Sachsen die Notverordnung nicht durchgeführt wird, für sächsische Beamte und Staatsarbeiter eine Gehalts- oder Gehaltsabnahme nicht stattfindet.

KPD-Landtagsfraktion fordert: Notverordnung in Sachsen wird nicht durchgeführt!

Auch die Führer der Landvolk-Partei für die neue Notverordnung

Berlin, 17. Dez. (Eig. Ber.)

Gestern tagte der Niedersächsische Rat des Reichstages, um zur kommunistischen Forderung auf sofortige Einberufung des Reichstages, zwecks Aushebung der Notverordnung Stellung zu nehmen. Genoss Torgler kritisierte zunächst die Verjährung der Sitzungen des Niedersächsischen und forderte nunmehr Zusammenritt des Reichstages am 18. Dezember, damit die neue Notverordnung ausgehoben werden könne, ehe der ungeheure Lohnraub und Gehaltsabbau, die Erhöhung der Umschläge usw. in Kraft getreten seien.

Für die KPD erklärte Dittmann, daß die SPD gegen die Einberufung des Reichstages sei. Dieselbe Haltung nahmen die übrigen Regierungsparteien ein, so daß der kommunistische Antrag abgelehnt wurde.

Wichtig für die Kleinbauern ist die Tatsache, daß auch der Vertreter der Landvolk-Partei sich gegen die Einberufung des Reichstages erklärt und sich für Aufrechterhaltung der Notverordnung einsetzt, da die Landvolkspartei durch die Bestimmungen der Notverordnung völlig zufriedenge stellt sei.

Ausschlaggebend waren die Stimmen der SPD. Die KPD-Führer haben die Einberufung des Reichstages verhindert, sie

sind für Aufrechterhaltung und Durchführung der Notverordnung. Nur mit großer Empörung werden Täufende bisheriger KPD-Arbeiter diese Täuschung zum Kenntnis nehmen. Jeder politisch ehrlich denkende Arbeiter muß mit den KPD-Führern, die den Nationalsozialismus Schritt für Schritt den Weg bereiten, brechen und eintragen in die rote Einheitsfront unter Führung der kommunistischen Partei.

Polizeirazzia in Hellerau

Sie sucht Waffen bei Kommunisten

Gestern fanden in Kloster-Hellerau Haussuchungen bei Sozialisten statt. Die Polizei gab an, nach Waffen zu suchen. In den Arbeiterwohnungen wurde jeder Winkel durchsucht, befunden wurde nichts. Diese Polizeirazzia bei Arbeitern fand statt, nachdem die Nazis Attentate gegen den Arbeitersportverein durchgeführt haben. Torgau macht Schule.

„Ausnahmen von der Mietentfernung“

Eine neue Notverordnung? Die Hausbesitzer fordern Beibehaltung der Neubaumieten

Berlin, 17. Dezember (Eig. Ber.)

Wie verlautet, stehen die Durchführungsverordnungen zur 4. Notverordnung Inter vor der Feststellung. In der Notverordnung ist bekanntlich u. a. festgelegt, daß das Reichsarbeitsministerium und Reichsjustizministerium in „Ergänzung“ des Kapitels über die Mieten „für Fälle bestimmter Art Ausnahmen von den Vorschriften“ über die Mietentfernung ordnen können. Wie es heißt, soll nun erörtert werden, ob nicht „angesichts der schwierigen Nachverhältnisse“ eine neue Ergänzung-Notverordnung zur 4. Notverordnung erlassen wird.

Die Hausbesitzer enthalten eine starke Aktivität in der Richtung, daß die „Ausnahmen von der Mietentfernung“, insbesondere für die Neubaumieten, im wesentlichen eine Beibehaltung der Mieten in der gegenwärtigen Höhe feststellen.

Zur 4. Notverordnung selbst ist zu bemerken, daß auch dort, wo die zehnprozentige Senkung der Mieten erfolgen würde, es sich nur um die 10 Prozent Ermäßigung der Friedensmieten handelt; in Berlin z. B., wo der Mietpreis auf 124 Prozent steht, würde somit die Miete nicht um 10 Prozent, sondern nur um etwa 8 Prozent gekennzeichnet werden.

Weiterhin unterliegen gemäß der 4. Notverordnung vom 1. Januar 1932 Wohnungen mit einer Friedensmiete von 800 Mark und mehr in Berlin, bis herab zu 300 Mark in kleinen Dörfern, nicht mehr der Verfügung durch das Wohnungssamt, d. h. der Hauswart kann sie frei vermieten. Auch ist die Umwandlung von Wohnungen in gewerbliche Räume und Zusammenlegung von mehreren Wohnungen nunmehr gestattet.

Kennzeichnend für die Stimmung der Mieter ist eine Resolution des Reichsbundes, der jedoch nur die Stimmung aufzufangen beabsichtigt; es heißt da u. a.:

„daß die Reichsregierung dem egoistischen und unsozialen Streben des Hausherrn nach beschleunigtem Abbau der gemeinsamen Mieterschutzeigenschaft in weitestgehendem Maße statt-

gegeben hat. Ein Sturm der Entrüstung aber geht durch die Reihen der Mieterschaft infolge der Bestimmungen der Notverordnung über den völligen Abbau der Hausbesitzer zum alleinigen Nutzen des Hausherrn. Profilisch wird dem Hausherrn mit dieser Regelung ein Kapitalgewinn in Höhe von 40 bis 50 Millionen Mark zugeschrieben.“

Rörlener KPD-Zeitung verboten!

Der Oberpräsident der Rheinprovinz hat das Organ der KPD, die „Sozialistische Republik“ auf die Dauer von zwei Wochen verboten. In der Verbotsbegründung wird angeführt, die Zeitung habe in tendenziöser und verdeckter Weise über die Zusammenstöße zwischen Kommunisten und Nazis in Esslingen und über die Gerichtsverhandlung anlässlich der Ermordung des Stahlhelmführers Heister berichtet. Das gefährdet die öffentliche Sicherheit und Ordnung.

Wieder eine Gemeinde kontrolliert

Das Gemeindeverordnetenkollegium der Gemeinde Eschede am Amthauptmannschaft Chemnitz, mußte in einer Sitzung am 29. November 1931 feststellen, die Gemeinde ist zahlungsausichtslos.

Infolge kapitalistischer Anarchie und Notverordnungswirtschaft wird es noch ungängliche Gemeinden ebenso ergehen.

Was geschieht mit den Opfern?, den Wohlfahrtsempfängern und Unterstützungsbedürftigen in den Gemeinden? Sie werden durch Hungertode preisgegeben. Kleingewerbetreibende und kleiner Mittelstand verlieren ihre Existenz.

Und wo liegt der Ausweg?

Der einzige Ausweg: „Der gemeinsame Kampf aller Opfer des Kapitalismus, für den Sozialismus.“

So wird Notverordnung durchgeführt

Parteihaus in Remscheid besetzt

In Remscheid wurde am 15. Dezember das Polizei- und das Büro der KPD besetzt. Alle Räume wurden durch drei Schreibmaschinen, ungebrauchtes Papier aller Art, nach jahrelange legitime Broschüren wurden beschlagnahmt. Zwei Säen müssen verhaftet. Außerdem wurde Haussuchung in einer Privatwohnung eines Genossen vorgenommen.

Streich gegen Lohnabbau

Auch die Vehlinge in der Kampffront.

Bei der Firma Steinmüller, Berlin, Urbanstraße 118, wurde der Unternehmer den festigen Lohn abbauen. Die Firma legte in Stärke von etwa 40 Mann trat am Dienstag gegen 10 Uhr in den Streik. Es fand eine gemeinsame Versammlung der streikenden erwachsenen Arbeiter, und der Vehling stand, in der beschlossen wurde, daß die Vehlinge sich ebenfalls in die Kampffront einreihen.

Die sozialistische Landwirtschaft im Jahre 1932

(Bericht unseres WB.-Redaktionsmitgliedes)

Wissau, 16. Dezember. Trotz aller Schwierigkeiten und nach der verzweifelten Versuche der Kukaten, die Getreideausbringung in den entscheidenden Jahr des ersten fünfjährigen Plans zu stoppen, ist seit dem letzten durchgreifenden Maßnahmen des RK der RSB eine merliche Besserung eingetreten. Täglich laufen aus der verschiedensten Bezirken Meldungen über Erfüllung und Überschreitung des Getreideausbringungsplans ein. Insgesamt wurde bis zum 10. Dezember 1931 der Getreideausbringungsplan für die gesamte USSR zu 85 Prozent erfüllt (wegen der Aufbringungspläne der Sowjetgüter zu 81 Prozent).

Obwohl sich mit diesen Ergebnissen zufrieden zu geben, kämpft die RSB um die vollständige Erfüllung des Planes.

Zwischen den Jahren für die Landwirtschaft 1932 dem letzten Jahr des fünfjährigen Pläns ausgearbeitet. Das jedoch beendete Plenum der Vereinigung der Sowjetgüter beriet nach einem Referat des Vorsitzenden der Staatsplantkommission der USSR die Kontrollziffern für 1932.

89,5 Prozent sozialisierte Produktion

Sie geben folgendes überwältigende Bild: 89,5 Prozent des gesamten Wertes der landwirtschaftlichen Erzeugnisse liegen in den Händen der sozialistischen Landwirtschaft. Das ganze Land wird von einem Netz von Maschinen- und Traktorenstationen überzogen, die 44 Prozent der gesamten Sozialfläche der Kollektivgüter bearbeiten. Besondere Aufmerksamkeit wird auf die Erhöhung der Fruchtbarkeit gelegt, so dass die Produktion z. B. der Getreidebauflächen mehr als zweihundert mal größer sein wird, als im laufenden Jahre.

75 000 neue Traktoren

Die Sowjetgüter und Kollektivwirtschaften erhalten im Jahre 1932 eine gemäßigte Hilfe in Form von 75 000 Traktoren, gleich einer Million Pferdestärken, wobei zu bemerken ist, dass genannte neue Traktoren ausschließlich in Betrieben der Sowjetgüter gebaut werden. Traktorstroß allein wird über 45 000 Traktoren erzeugen. Die Landwirtschaft erhält für 900 Millionen Rubel landwirtschaftliche Maschinen und andere Ausstattungsgegenstände. Was das bedeutet, kann daraus ermessen werden, dass der Wert sämtlicher landwirtschaftlicher Maschinen der Sowjetunion rund 1 Milliarde 50 Millionen Rubel beträgt. Zwei Drittel der Maschinen werden im Jahre 1932 als Rüstgut ausgetauscht, während der Sowjetgüter und Kollektivwirtschaften einen kleinen Anteil haben.

2,5 Millionen neue Arbeiter

Mit diesem gewaltigen Ausbau der Landwirtschaft geht Hand in Hand das Wachstum der Arbeiter auf den Sowjetgütern. Die Zahl der Arbeiter wächst von 245 auf 5 Millionen im Jahr. Zur technischen und politischen Schulung steht neuen Millionen sind riesige Mittel eingesetzt. So erringt die sozialistische Landwirtschaft trotz aller rechten Opportunitäten die Überlegenheit der Blätter Stammeln, und aller Unfug darüber hinaus in der Periode der tiefsten Agrarkrise des Kapitalismus immer neue Siege.

1000 Studenten aufs Land

Soeben eröffnen die Maschinen und Traktorenstationen des Maschinen Gebietes die Kampagne für die Aufführung des Industrie- und Finanzplans für das Jahr 1932. Zur besten Durchführung dieser Kampagne begeben sich 1000 Studenten der landwirtschaftlichen Hochschule in die Traktorenstationen und auf die Güter, um mit den Kollektivbauern und den Arbeitern der Sowjetgüter zusammen die praktische Arbeit für die Aufführung des Plans durchzuführen.

Eine Delegation von französischen Metall-, Berg- und Tegelarbeiter ist in Sennengrad eingetroffen. Die Delegation besteht die totalen Butikowwerke, den Handelshäusern und die Fabrik "Krahnje Snamja".



Copyright by A-Scharrer Verlag, Berlin-Wien.

18. Fortsetzung.

„Wer zu seige ist, sich zu holen, was er braucht, ist wert, das zu kreieren. Die Schleuder und Juden müssen sich.“

Einige Rolläden fallen geräuschvoll herab. Die Ladenbesitzer verschließen die Türen. Mehrere Arbeitslose nehmen unglücklich Aussicht. Der Redner spricht immer lauter. Dann geht er mit einem Trupp langsam weiter.

— Alter! — Peng!

Der Albert begriff, was vorging, waren die Läden gestürzt. Er wollte fort, doch versperrte ihm die Polizei den Weg. Er drehte sich um, — da sah er „Architect Rohrbach“ vor der zerbrochenen Scheibe stehen. Dieser erwartete ruhig die Polizisten und ging, mit einem Ausweis in der Hand, geradewegs auf den Rednertum zu.

Albert dröhnte: „Da ist der Provokateur!“ so laut, dass es die ganze Straße hinab zu hören war. „Architect Rohrbach“ versuchte am die Ecke zu verschwinden, doch die dort versammelten Arbeitslosen nahmen ihn in Empfang. Weiter sah Albert nichts. Er wurde verhaftet und konnte in einigen Stunden wieder gehen.

Am andern Morgen las er in der Zeitung, dass die Entfernung der niedrigsten Instanzen der Erwerbslosen durch den „Aktionsausschuss“ in der Nähe des Strausberger Platzes wieder zu umfangreichen Plünderungen geführt habe. Mehrere Läden waren ausgeraubt und das Mobiliar total zertrümmert worden. Ein zusätzlicher Straße passierender Herr Friedrich Rohrbach, der eine offizielle Aufforderung einiger sozialistischer Elemente zur „Sozialisierung“ entgegnet, wurde von dem Pöbel zu Boden gestoßen und gräßlich misshandelt. Es seien Erwägungen im Gange, um Treiben des sogenannten Aktionsausschusses durch ein Verbot dieser unterirdischen Organisation endlich Einhalt zu halten. Dieser Entschluss sei um so mehr zu begrüßen, als das

Nankings Regierungspalast in Flammen

Massendemonstrationen nach Tschangkaischels Sturz — Polizei von Studenten und Arbeitern entwaffnet — Die Kuomintangzentrale von Demonstranten gestürmt

Nanking, 16. Dezember. (Sig. Bericht.)

Die Nachricht vom Rücktritt Tschangkaischels, die sich wie ein Lauf Feuer in Nanking verbreitete, hat die infolge der wachsenden Studentenunruhen außerordentlich gespannte Lage in der Stadt aufs äußerste angescpielt. Aus Peking, Shanghai, Kanton und anderen Städten strömen Studenten zu Tausenden nach Nanking, um gegen die verräterische Politik der Regierung und der Kuomintangsführung zu demonstrieren.

Gestern mittag stürmte ein Trupp von über 600 Studenten das Nankinger Außenministerium, besetzte alle Räume und zerstörte sie. Ein Teil ging in Flammen auf. Andere Trupps zogen zum Gebäude der Kuomintangzentrale und schlugen alle Fenster ein. Polizeitruppen, die die Demonstranten mit Waffengewalt auseinanderzuhalten sollten, wurden von den Studenten nach erbittertem Kampf entwaffnet. Die Studenten drangen darauf in das Verteilungsbüro ein, aus dem die Führer bereits entschwunden waren.

Große Studententrupps begaben sich zum Sitz der



Tschangkaischel

Regierung und forderten, dass Tschangkaischel vor ihnen erscheine und Rechenschaft abliege. Anschließend hatten sich Arbeiter in Massen den Studenten angeschlossen. Die Polizei hat sich nach kurzen Neuergefechten zurückgezogen. Der Präsident der Provinzialregierung von Nanking Tschengming schu., der provisorisch den Posten Tschangkaischels verwalte, wurde beim Versuch, das Regierungsbüro heimlich zu verlassen, verwundet. Zur Stunde wird das Regierungsbüro weiter von den Massen belagert.

★

Der Sturz des Herrschers Tschangkaischel ist ein Ergebnis von großer Bedeutung, das nicht überraschend kommt. Es ist ein Ergebnis der außerordentlichen Zulösung der Klassenfeindschaft in China im Gefolge des mandschurischen Krieges. Dieser Krieg hat die völlige Ohnmacht der Nankingregierung, ihre verräterische Rolle gegenüber den Imperialisten offenbart und die Kuomintang in eine tiefe Krise gestürzt.

Die Studenten, die heute gegen Tschangkaischel und die Kuomintangzentrale demonstrieren, sind zum überwiegenden Teile Anhänger der Kuomintang. Die Politik der Nankingregierung gegenüber den räuberischen Gefüllten der imperialistischen Großmächte hat die Augen darüber geöffnet, dass Tschangkaischel und die Kuomintang die nationale Befreiung Chinas nicht zu verwirklichen imstande sind. Unter dem Sturm der Massenempörung bricht die Diktatur des Herrschers von Shanghai, des Herrschers von 1927 zusammen.

Ohne Zweifel werden die revolutionären Studentenunruhen in Nanking, Shanghai, Peking und anderen chinesischen Städten und der Sturz Tschangkaischels der chinesischen Arbeiter- und Bauernrevolution einen neuen starken Antrieb geben.

Streitwelle über Europa

Madrid, 15. Dezember. (Sig. Bericht.) Die Metallarbeiter von Duro-Felguera (bedeutender Betrieb des Eisenherstellers von Asturien) sind aus Solidarität mit den Streikenden des Hafens von Gijon in den Streik getreten.

In Sevilla tagt gegenwärtig der Kongress des Ortsverbandes der revolutionären Gewerkschaften, die der Roten Gewerkschaftsinternationale angeschlossen sind. Auf der Tagung sind 70 Gewerkschaften mit einer Gesamtmitgliedszahl von 80 000 Gewerkschaften durch 35 Delegierte vertreten. Der Hauptpunkt betrifft die Herstellung der roten Einheitsfront.

Autoarbeiterstreik in Antwerpen

Brüssel, 15. Dezember. Die Arbeiter des Kraftwagenbetriebs „Minerva“ in Antwerpen haben beschlossen, am heutigen Dienstag die Arbeit niederzulegen.

Bergarbeiterkampf in Böhmen

Prag, 15. Dezember. Auf einer Reihe nordböhmischer Schächte kam es zu einem einflündigen Demonstrationstreik. Diese Streiks sind die Antwort der Bergarbeiter auf die Ablehnung ihrer Forderung nach Auszahlung einer Teuerungsbeihilfe. Die Bergarbeiter sind bereit, falls die Kohlenbarone nicht nachgeben, ihr Vorzeichen zu verschärfen.

Die Zahl der Arbeitslosen in Großbritannien steigt am 8. Dezember auf 2 627 824, d. h. auf 5237 mehr als am Ende der vorhergehenden Woche.

Nichtsdestotrotz es hauptsächlich auf kleine Löden abgesehen habe, deren Inhaber einen schweren Kampf ums Dasein führen und größtenteils froh wären, wenn sie so viel für sich zu verzehren hätten, wie die Arbeitslosen.

★

Als Albert am andern Tage vom Arbeitsnachweis kam, sah der Abteilungsführer in der Wohnung: Genosse Kummel.

„Tag Albert! Hast du dir einen ausbrennen lassen?“ Er mochte die Bewegung des Stempelaufdrucks. „Deine Frau hat mir hier schon die Leviten gelesen. Wir sprachen von den geistigen Gesichtern, da am Strausberger Platz. Was sagst du dazu, Albert?“

„Alle Zeitungen lügen. Alle! Eine wie die andere!“

„Na hör mal, wie kannst du denn so etwas sagen?“

„Ich bin dabei gewesen!“

„Du bist — — —?“

„Ich habe gesehen, wer die Leute aufhefte. Die Polizei kennt ihn auch. Sehr genau sogar. Er hat hier gewohnt, um Karl und seine Frau zu despisen. Sie lieben ihn laufen, obgleich ich dem Lieutenant sagte, dass er die Scheiben einschlägt — —“

„Ich glaube, der Knüppel liegt auch hier beim Hund“, antwortete Kummel nach einer Weile topfsindend. „Die Leute oben haben ja gar keine Zeit, unten einmal nach dem Rechten zu sehen. Und du wirst doch nicht bestreiten, dass die USP und Kommunisten viel Stress am Stehen haben. Das Gelände, das ich nie um was geklommen bin, wird von ihren Phrasen angelöst, wie die Waffen vom Aufstehen. Versprechungen zu machen, ist keine Kunst. Und du wirst mir doch nicht erzählen wollen, dass diese Leute nur von Spiegelei gemacht werden. Das sind die Freunde der Linkenradikalen. Ich sage schon zu deiner Frau: warum gehst du denn nicht nach dem Westen?“

„Warum schickst denn die Regierung ihre Polizei und ihre Spione nicht nach dem Westen und lässt mal bei den Schiebern und Kriegsgewinnern Haussuchung halten?“

Kummel zog lässig an seiner Weste, aber sein Gesicht verriet, dass die Worte Alberths an ihm abprallten wie Pfeile an einer Mauer. Nach einer Weile antwortete er: „Lassen wir das, Albert, wir kommen so doch nicht zu Rande. Ich komme eigentlich in einer anderen Angelegenheit.“

„Was das wäre?“

Französischer Truppenmarsch in Südjing

Geheimpakt mit Japan über Aufteilung Chinas

London, 16. Dezember. (Sig. Bericht.) Die englische Presse verbreitet Nachrichten aus Nanking, wonach französische Truppen von Indochina aus die chinesische Grenze an mehreren Punkten überschritten haben und in die Provinz Kwangtung eingefallen sind. Angeblich sollen diese Truppen chinesische „Märtyrer“ unschädlich machen. In Wirklichkeit handelt es sich um eine militärische Intervention gegen die chinesischen Sowjets und die Roten Truppen im Südwesten der Provinz Kwangtung. Darüber hinaus beabsichtigt Frankreich, nach Shanghai und Peking Meldungen, im Einvernehmen mit Japan die Provinz Kwangtung, eine der reichsten chinesischen Provinzen mit dem Welthafen Nanking an sich zu reißen.

Der neue Chefredakteur des kínischen Zentralorgans der Sozialdemokratie, Tino Kilpo, ist ein alter Wehrkämpfer, der auch nach dem Sieg der Konterrevolution dem faschistischen Schutzkorps angehörte.

„Du lösst Dich gar nicht mehr bei uns leben. Ich wollte einmal nachfragen, ob Du Dich nicht wieder einfinden willst. Schließlich wird doch jeder Mann gebraucht. Ich kann mir doch nicht denken, dass Du so mit nichts die Blinde ins Korn wirst. Ich glaube Dich doch auch schon ein bisschen zu kennen.“ Kummel redete dann ständig weiter über gemeinsame Arbeit vieler Jahre, von der Sache, die doch alle angeht und doch alles Reden schlichtlich doch keinen Zweck habe; wenn andere Zeiten einkehen sollten, müsse man handeln.

„Ich bin nicht mehr einverstanden mit der ganzen Politik.“

„Na nu — mit einem Male? Das ist mir allerdings neu!“

„Doch wir dauernd von den Bürgerlichen so gelobt werden, das gab mir schon lange zu denken.“

„Vielleicht würdest Du manches begreifen, wenn Du nicht einfachst informiert wärst und Deine Gedanken da vorbringen würdest, wo sie hingehören. Wer ich will Dir keine Vorwürfe machen. Würst Du den ersten Befehl, wär ich nicht gekommen. Aber die Genossen rechnen immer noch mit Dir. Und ich auch, auch wenn Dir manches gegen den Strich geht.“ Kummel stand auf: „Leberleg Dir's, Albert. Schließlich stehst doch auch Deine besten Jahre in der Partei. Leberleg Dir's reiflich.“ Er stieß Albert und Margot die Hand hin. „Wiedersehen!“

Margot sah ihn kaum an, als sie seinen Gruss erwiderte. Als er draußen war, sagte sie: „Herrgott, was sind das alles für Menschen!“

„War schon lange hier?“

„Schon über eine halbe Stunde, und wärst Du nicht gekommen, hätt ich ihn bestimmt rausgeschmissen.“

„Das kannst Du doch auch nicht gleich machen. Er erfüllt doch seine Pflicht als Abteilungsführer.“

„Er fällt mir auf die Nerven“, antwortete Margot ärgerlich. „Quatscht Stundenlang von Idealen und gemeinsamer Sache. Nach Karl und Helene hat er nicht ein einziges Mal gesagt, obgleich er weiß, dass ich schon etwas mehr für die Sache getan und durchgemacht habe, als er.“

Albert erhob sich und wollte hinausgehen. Margot hielt ihn jedoch zurück.

„Du warst gestern auch dabei?“ fragte sie. „Davon hast Du ja kein Wort gesprochen!“

Albert berichtete, Margot sahte an Herberts Hose. Nun stellte sie die Hände sinken.

(Fortsetzung folgt)

Winfest-Märkte

Trinolagen, Strumpf- und Wollwaren
empfohlen zum bevorstehenden Weihnachtsfest in so. Qualitäten zu niedrigen Preisen
Paul Schneider
Ebersbach
Hauptstraße 31

Damenhütte
im Preis bedeutend
herabgesetzt.
• Beachten Sie bitte
meine 3 Schaufenster
H. HENSEL
Neugersdorf
Heute für Damenhütte

praktische Weihnachtsgeschenke in
Haus- und Küchengeräten
empfiehlt
Rennold Kirsch's Witwe
Oberoderwitz

Fahrräder, Nähmaschinen,
Wrinzer, Waschmaschinen,
Fahrradlampen, Taschenlampen,
Batterien, Mäntel, Schläuche,
Reparaturen
R. H. Strell Oberoderwitz

Nähmaschinen- u.
Fahrradhäuse,
Wasch- u. Wäscheschleife,
Wasch- und Spülmaschinen
Siete billigste Preise
Gust. Donath
Fahrradhändlung
Gibau / Mundgut
(Mitarbeiter: Leiterin 3369)

Bernh. Röhlig
Korbmacherschule
Ebersbach, a. Bf.
Puppenwagen
Peddigrohrmöbel
samt. Korbwaren
Groß. Preisabbau

Gut wenig Geld --
ein schönes Geschenk!
Wäschetrühen
u. Bettdecken, moderne
Form, gewölbt,
noch je billig 7,50.-
Karl Liebmann
Korbwaren
Neugersdorf, Stolzen

Haus- und
Küchengeräte,
Porzellan, Stein-
gut, Glaswaren,
Ofen und Herde
C. A. Fuchs
Oberoderwitz



RADIO-HINKO
ZITTAU, Aeußere Weberstraße 2

Im
Schweizer-Bazar
Zittau, Innere Weberstraße
kaufen Sie zum Weihnachtsfest
gut und preiswert mit 5 Prozent
Rabatt in Marken

Möbel
und Polstermöbel
billig und gut. Eigene
Polsterwerkstatt
Fritz Schulze, Bautzen, vor dem
Schülertor 2 (Lehmannsche Mühle)

Bettfedern gratis

sind nicht fein, aber flauschig
billig, gut und rein. Da, weiße
Daunen 10 Mt. und 8-10 Mt.
Halbdauen 5-10 Mt. u. 4-10
Mt. das Pfund u. billiger. Jetzt
ist der neue Schlaf. Sie kaufen
wunderbar im **Bettfedernhaus Lehner**,
Ebersbach, Neugersdorf, Georgenthal, Sosa
am Ebersbach, Mittigeb. Sächer sind am
Sonnabend zu melden. Derft streng reell. Mutter gratis

Leib-, Tisch- und Bettwäsche, Kleiderstoffe,
Schürzen, Unterhosen, Hemden, Schlüpfen,
Strickjacken und Pullover für Herren und
Damen. Zeitgemäße Preise, gute Qualität
Anna Rößler, Elbau

RADIO-
Geräte mit
Zubehör
empf. preiswert
Richard Zschokke
Neugersdorf
Nordstr. 8e

Küchen
Schlafzimmer
Speisezimmer
Herrenzimmer
und alle sonstigen Möbel in
anerkannt größer und preis-
wertester Auswahl finden Sie
nur im
größten Möbelhaus
der Oberlausitz bei
Gebr. Porsche
Zittau, Aeuß. Oybliner Str. 11

Nähmaschinen, Fahrräder
Motorräder, Radio
sowie sämtliche Erfolgsmodelle bei
August Linke
Großschönau / Telefon 58

S. Trenkler . Löbau
Rittergasse 6
Fürs Weihnachtsfest!
Stoffe, Wäsche
Trikotagen
Schürzen, Socken
Stümpfe
Handschuhe usw.
5 % Prozent in Marken

Um jedermann bei d. n. jetzigen schweren Zeiten
den Einkauf von **Wäsche** zu ermöglichen,
stelle ich sehr billige zum Verkauf:
Bunt- und weißen Hemdenbarenchen
Sort. I 140 Pl. Sort. II 160 Pl. Sort. III 180 Pl. & m
weiß. Sort. I 150 Pl. Sort. II 165 Pl. Sort. III 175 Pl. & m
Trikotwäsche, weiß u. bunte Barenchen
Sämtl. Artikel nur in den bekannt guten Qualitäten
GUSTAV BAR . ELBAU

Gebe der
Einwohnerschaft
Niederoderwitz
zur Kenntnis, daß ich
die Bäckerei von
Th. Lötter nachw.
übernommen habe u.
empfiehlt zur Weih-
nachtsb. Ja Stollen
ERWIN VOLKE

Paul Böhme
Elbau
Textilwaren
empfiehlt als
Weihnachtsgeschenke
Stadtteilzeiten
1 Heft, 2 Kilo. 6.80
Damast. 1 Heft, 2 Kilo. 7.25
Weiß. Garnet ab 6.55
Söll. Wäsche- und
Handtücher bill. ist

Feine Fleisch- u. Wurstwaren
empfiehlt zum
Weihnachtsfest
Hugo Loose
Spitzkunersdorf

Bäckerei
Adolf Thiel
Selbennersdorf
empfiehlt sich zur
Weihnachts-
bäckerei

Zum Fest empfiehlt
feine Fleisch- u. Wurstwaren,
Weihnachtsgänse
Richard Franze
Selbennersdorf

Schnittwaren
Arbeitskleid.
empfiehlt preisw.
5% Rab. in Marken
Herm. Jährig
Löbau
Görlitzer Straße
Empfehle zum
Weihnachtsfest!
Fischkonserven
aller Arten
sowie Süßfrücht.
u. Gemüsekons.
Alwin Sünder
Löbau

Katalog gratis und
franko
Dahmens
Versand-U. Sporthaus
Oberoderwitz

Zur Weihnachtsbäckerei
sämtl. Backzutaten in
nur guter Qualität zu
niedrigsten Preisen
5 Prozent
Rabatt
i. Marken
Ernst Endert, Löbau, Poststraße

Reserviert

Puppenw., u. Spielwaren, Rödelslitzen,
Schneeschuhe u. Stöcke in reicher Auswahl
allerbilligst, empfiehlt
Wagenfabrik Otto Paul
Oberoderwitz

Chemnitzer Strumpfjäger
ZITTAU
Wettinerstraße 21 u. Rathausplatz 1
(die anerkannt billige Bezugsquelle
in Strümpfen aller Art)

Empfehle stets preiswert
Bett-, Leib-, Tisch- u. Küchenwäsche
Auf alle Waren Inlett, Trikotagen
5% Rabatt Schürzen, Socken
in Marken Strümpfe, Wolle
sowie Arbeitskleid.

A. Belger . Löbau
Inn. Zittauer Str. 11

Zum Fest empfiehlt
feine Fleisch- u. Wurstwaren,
Weihnachtsgänse
Richard Franze
Selbennersdorf

Haus- und
Küchengeräte
Hermann Berthold
Leutersdorf

**Werbet neue Abonnenten
für die „Arbeiterstimme“**

Auch ein kleines Geschenk erfreut - es
muß aber aus dem Konsumverein sein

Wir bieten an:
Schuh- u. Filzwaren, Stiefel
Sohlenleder, Gummiabsätze
Strickkl. f. Damen, Herren u.
Kinder, Kleiderstoffe, Trikot-
Unterwäsche, Strumpfwaren
in Wolle, Seide, Flor, Makro
Bettledern, sehr füllkräftig
Unterbetten, Decken, Barchentbettl. u. Barchent-
decken, Berufskleidung

Für Qualität bürgt
das Zeichen

Hausstands-, Geschenk- und
Wirtschaftsartikel, Stahl-,
Gas-, Steingut-, Porzellan-,
Emaille-, Eisen-, Holz- und
Korbwaren, Vitrinen- und
Gardinenstangen, Fahrräder
Ersatzteile, Spielwaren, Puppenwagen, Schlitzen, Christ-
baumschmuck

Konsumverein Meißen
e. G. m. b. H.

Herren- und Knaben-Kleidung, Herrenartikel
Tuchlager • Feinste Maßschneiderei
Berufs- und Sportkleidung eigener Fertigung

Emil Hohlfeldt . Dresden-M. 6
Hauptstr., Ecke Dreikönigskirche u. Ritterstr. 2-4

Verkaufe
neue billige

Küche
Auszichtlich
u. 8 Halosess. nur 115.

Spez.-Gesch. Könenstr. 4
Stroh- u. Hütte: Neuer Markt
Eig. Herstellung
daher besond. billig

Billiges Linoleum

Druck □ m von 2.50 M an
Granit durchgem. 4.00 M an

A. Fehrmann, Pirna

Breite Straße 25

Linol.- u. Wachstuchreste extra bill.

Schenken Sie zum Feste!

Alpina-Uhren
Tafelbestecke
Touringe . Schmuck

Kuppe Pirna
Dohnasche Straße 22

Zum Weihnachtsfest
empfiehlt

Manufaktur-, Kurz-, Wein-
und Wollwaren

Otto Zeudling, Inh. Marienherrn-Zeudling
Weinböhla, Dresdner Straße 58

**Freitag SPAR-ANGEBOT.
ES WIRD KALT**
**Das ideale
Bettfuch**

für die kalte Jahreszeit
daunenweich aus
tem Material weiss
od. m. indamithre
farb. Kante weiss
Abbildung ca. 150/200
cm

Nur Freitag

TECHNIK



Der Winter ist da!

Der Winter ist da, die Thermometer sinken,
Die Wärmel tröpfeln in die Wand zurück,
Und Männer, die sich ihre Lippen schminken,
Sind künftig lächelnd jedem Manne winken,
Sie sind händerend an die Tür gedrückt.

Ich friere auch und brauchte einen Mantel,
Doch glaub ich sonst, auch dies Jahr wird nichts daraus,
Ein Freund von mir hat einen Kleiderhandel
Und ist sehr sparsam und solid im Lebenshandel,
Doch selbst er geht im Sommermantel aus.

Am letzten Sonntag hab ich Holz gestohlen
Um nahen Fort, ich war da nicht allein.
Ich werde mir auch morgen Brennholz holen,
Und wenn es gut geht auch noch ein paar Kohlen.
Dann heiz ich mir mal eine Woche ein.

Ich bin heut Mittag durch die Stadt gegangen,
Obwohl auch Loufen nicht den Hunger stillt,
Doch glückte es, ein frisches Brot zu langen.
Ich hab es einem Bäcker abgehängt.
Er stand verzückt vor einem Hitlerbild.

Ein halbes Brot hab ich dem Arnik gegeben,
weil er mit losenlos die Schuhe sieht,
Vom Feuer muß ich die ganze Woche leben,
Wer klaut, der muß befannlich Tüten leben,
Zuich hab schon ein viertel Jahr verdreht.

Der Winter ist da, die Kohlenpreise steigen,
Der Hausbesitzer zieht die Miete ein,
Wir tanzen weiter unsern Hungergetren,
Habt wir nicht endlich unsere Fäuste zeigen,
Wird nicht der letzte Hungerwinter sein.

„Ohne politische Leidenschaft“ verteidigt SPD-Döllitzsch:

Dresdner Hungerfurs gegen Werktätige

Die Forderung der KPD nach Besteuerung der Millionäre nennen Döllitzsch und die Dresdner Volkszeitung preußige Anträge. Werktätige, reiht euch ein in die rote Klassenfront durch Stärkung der KPD

„Da ruht es nichts, wenn Herr Schneider hier eine große revolutionäre Rede hält, davon wird kein Mensch hört, bekommt der einzelne nicht einen Pfennig mehr.“

(Aus dem Stadtverordnetenbericht der Dresden. Volkszeitung des SPD-Vorsteher Döllitzsch.)

In der letzten Stadtverordnetensitzung kam es zu scharfen Zusammenstößen zwischen der nationalsozialistisch-sozialfascistischen Einheitsfront und der kommunistischen Partei. Unter Führung der SPD, bzw. ihres Vorsteher, wurden entscheidende faschistische Verschlechterungen der Gewerbeordnung beschlossen. In dieser Sitzung erfolgte aber gleichzeitig ein Vorschlag der SPD, geführt von ihrem Vorsteher, im Auftrage des Ratsvorstandes gegen die KPD. Döllitzsch griff in die Diskussion ein. Ein Antrag, in dem verlangt wurde, daß die Stadt Dresden in erster Linie die Sozialunterstützungen zu zahlen habe, wurde von ihm zum Antrag genommen, eine starke Entlastungsmaßnahme für Rat

bürgermeister, dem Finanzdezernenten und dem Rat bemüht ist, die Finanzen der Stadt auf eine solide Grundlage zu bringen. Nach außen hin wird gewiß nicht bekannt, welche herausragenden Blas an Arbeit hier gefestigt wird. Es wäre dem Vorsteher gewiß nicht eingesessen darüber zu sprechen, wenn aber gewisse Leute, die bisher auch noch nicht einen Pfennig der Stadt versorgt haben, glauben, mit preußigen Anträgen der Bevölkerung imponieren zu können, dann mußte einmal ein offenes Wort gesprochen werden.“

Herr Döllitzsch glaubte die riesengroße Schuld der SPD und der bürgerlichen Mehrheit an den heutigen Zuständen verwischen zu können. Mit Zahlenmaterial versuchte Döllitzsch den Nachweis zu führen, daß Dresden schlechter dastehe als andere Städte. Leipzig habe in den letzten sechs Jahren jedes Jahr 10 Millionen an Zuweisungen vom Reich mehr erhalten als Dresden. Aber ein Vergleich mit anderen Städten, soweit das die Höhe der Fürsorgeempfänger und Kleinrentner betraf. Insgeamt versuchte dann im weiteren Döllitzsch mit Material zu beweisen, daß die Städte und Gemeinden außerordentlich schlecht finanziell sind. Was das letztere anbetrifft, so gibt es kaum einen Streit darüber.

Die Gemeinden sind als Werkzeuge der Sozialreaktion in den Dienst der Hungeroffensive gegen die Werktätigen durch die herrschende Klasse gestellt worden.

Herr Döllitzsch vergibt nur eine Kleinigkeit, das ist die Tatsache, daß die SPD genau so wie die heutige Brüningregierung und die gesamte bürgerliche Front, die Hauptschuldige für diese Entwicklung ist. Die SPD toleriert Brüning, dessen Notverordnungen in so einschneidender Weise auf die Haushalte der Gemeinden einwirken.

Warum verschweigt Herr Döllitzsch die Ursachen dieses Zustandes?

Weil er die Schuld der SPD feststellen und sich, sowie die SPD selbst anfangen müßte. Wir wollen aber dem Gedächtnis des Herrn Döllitzsch doch ein klein wenig nachhelfen, um zu zeigen, daß nicht erst seit der Tolerierung die letzte Finanzkrise eingetreten ist, sondern daß diese vielmehr ihre Ursachen hat in den seit Jahren zurückliegenden Politik der verschiedenen Regierungen. So war es beispielhaft eine Koalitionsregierung, deren sozialdemokratischer Finanzminister Dr. Hilsberg, die Belebung der Toten Hand 1929 auszog und für fünf Jahre verlängerte. Damit wurden den Gemeinden nach SPD-Rechnung 180 000 Millionen Mark entzogen. In derselben Linie liegt die gesamte Finanzpolitik der verlorenen Koalitionsregierung, deren Finanzminister Hilsberg ja auch der Vater der Bürgersteuer war. Von der SPD in dieser Regierung ist mit keinem Worte irgendwelcher Versuch gemacht worden, die von der vorhergehenden bürgerlichen Regierung veranlaßte Herabsetzung der finanziellen Zuweisungen an die Gemeinden wieder rückgängig zu machen.

Was ist mit den anderen Argumenten des Herrn Döllitzsch?

Zuerst der Ruf Leipzig ist besser gestellt als Dresden. Wir gestatten uns die beispielhafte Frage: Hat nicht Leipzig dieselbe Höhe der Bürgersteuer wie Dresden? Genau so liegt es auf dem anderen Gebiet, die Zahlen über die Wohlhabenserwerbslosen und Sozialrentner und Kleinrentner.

Herr Döllitzsch will sich in Gemeinschaft mit Herrn Küll alle Mühe geben haben, die finanzielle Lage der Gemeinde zu verbessern. Mit erhobener Stimme glaubte er auf Erfolg in dieser Richtung hoffen zu können. Das ist dasselbe Manöverchen, das die SPD sich im September leistete. Damals wurde in allen Versammlungen stundenlang von starken Bemühungen beim Reichsfinanzministerium gesprochen und damit Nellome ge-

(Fortsetzung nächste Seite)

Besuch die proletarische Bücherschau Rosenstr. 76

Elementarbücher, proletarische Literatur und Broschüren gehören in die Hand jedes Arbeiters



und bürgerliche Mehrheit zu unternehmen. Welchen Zweck diese Offensive hat, verrät am besten das obige Zitat und die folgende Stelle aus der Einleitung des Berichts in der Dresdner Volkszeitung.

„So unwe sentlich im Grunde genommen der Antrag war, ... bot er doch Gelegenheit zu längeren Aussführungen durch den Stadtverordnetenvorsteher Genossen Döllitzsch, der in aller Deutlichkeit darlegte, in welch starkem Maße der Vorstand des Stadtverordnetenkollegiums zusammen mit dem Ober-

Zum Muttermord in Freital

Wo liegen die Ursachen? Die Unterstützungsfrage führt zu Auseinandersetzungen. Nur im Sozialstaat werden diese Ursachen beseitigt sein

Wir brachten gestern die Mitteilung von der Ermordung der 30-jährigen Schramm in Freital. Wie uns dazu jetzt noch mitgeteilt wird, wohnten Mutter und Tochter in Freital. Die Mutter war an dem betreffenden Tage den ganzen Tag über nicht gelehrt worden. Die Tochter hat nach einem Streit mit ihrer Wohnung verlassen. Gegen 19 Uhr hatte sie sich in der Polizeiwache Rossmann mit der Selbstbeschuldigung, ihre Mutter in der Wohnung mit einem Beil erschlagen zu haben, eingetragen. Die sofort angestellten Erörterungen hatten folgendes Ergebnis:

Die verwirrte Schramm lag tot im Bett. Die rechte Kopfseite war durch zahlreiche Beileiste zertrümmert. Neben dem Kopf der Toten lag das Beil, das vollständig mit Blut bedeckt war. Von Spuren eines vorausgegangenen Kampfes sei nichts zu finden gewesen. Die Täterin wurde noch in derselben Nacht zu dem Polizeipräsidium Dresden gebracht.

Die Ursachen zu der Tat sollen, wie mitgeteilt wird, in Schrecken zu suchen sein.

Zwischen der Täterin und ihrer Mutter haben wiederholt Auseinandersetzungen über die Frage der Unterstützung für die ermordete stattgefunden. Bei diesen Auseinandersetzungen soll eine kleine Summe Spargeld eine Rolle gespielt haben. Sie soll überhaupt das Hauptziel zu der Tat gewesen sein. Das Spargeld ist verschwunden. Gegenüber ihrem Bräutigam, mit dem die Täterin zusammen gewesen ist, hat sie erklärt, daß die Mutter ihr gemeinsam erportet Geld an sich genommen habe. Am Abend nach der Tat hat sie denselben telefonisch von Dresden aus angerufen und ihn gebeten, seine Witze von der Mutter abholen. Dabei hat sie Andeutungen wie, er würde schon noch wissen, was passiert sei, gemacht. In einem Brief, den der Täterin am Ende des Vormittags erhielt, teilt sie dann mit, daß sie einen Streit mit ihrer Mutter gehabt habe. Das Zusammenbringen sei infolge der Schuld ihrer Mutter für sie nicht mehr erträglich. Da die Täterin wieder Standort geworden ist, sei sie völlig durchdrungen gewesen. Die Täterin wird als sehr gutmütig bezeichnet. Hausbewohner sagen, daß zwischen Mutter und Tochter in der letzten Zeit ein gepanztes Verhältnis gewesen sei. Die Hauptrolle aber hat die Unterstellung und die Rente der Mutter gespielt.

Wie aus diesen Feststellungen hervorgeht, ist das Hauptmoment zur Tat das soziale Moment. Die leichte Andeutung — Unterstellung und Rente haben die Hauptrolle gespielt — zeigen, auf was letzten Endes die Tat zurückzuführen ist. Nach unserer Ausschaffung ist die Tat selbst eine Folge der von der beteiligten Klasse durchgesetzten Hungeroffensive, die sich in der Verschärfung der Lebenshaltung durch brutale Kürzung der Sozialunterstützungen, Ausrednung der Rente, schwächer Fortentwicklung der Untersuchungslinien usw. äußert. Bekanntlich sind sowohl in der Arbeitslosenunterstützung wie in der Krise und der Sozialunterstützung in der Gemeinde ungeheure Rücksichten eingehalten. Bei Kru und Sozialunterstützung wird eine indolduelle Kürzung durchgeführt, bei der nichts, was der einzige ist, verhindert wird. Gleichzeitig wurden, um die Wirkungen dieser Kürzung nicht abzuschwächen, die Untersuchungslinien für den Bezug von Unterstützungen derart geändert, daß ein wesentlich niedriger Satz gegenüber früher im Einkommen mehrerer, haushalt teilenden Personen, festgesetzt wurde. So schafft Sozialreaktion die Voraussetzungen für die gesteigerte Kriminallität der Bevölkerung.

Haussuchungen in Striesen

Vorläufige Woche haussuchte die politische Polizei in Striesen, die jüdische Redakteure und Hersteller einer Häuserblockzeitung aus dem Altenberger Platz. Die Haussuchung, die bei dem Genossen Horner durchgeführt werden sollte, wurde auf die Wohnungen auch zweier Flurnachbarn ausgedehnt. Gesuchtes wurde kein belastendes Material.

Ebenfalls bei dem Genossen Thomas, dem die Polizei vorher einen Besuch abstattete. Die Haussuchungen zeigten, daß

Werden die Straßenbahnhafpreise gesenkt?

Wie mitgeteilt wird, hat sich der Verwaltungsrat der Dresden Straßenbahn-A.-G. mit einer Billigung der Straßenbahnhafpreise beschäftigt. Das Ergebnis ist eine Senkung der Fahrpreise für die einsame Fahrt von 20 auf 18 Pfennig und der Umsteigefahrt von 25 auf 23 Pfennig.

Diese sogenannte Herabsetzung der Fahrpreise ist ein einziger Hohn für die vom Lohn, Gehalts- und Unterstützungsraub betroffenen Werktätigen. Mit dieser lumpigen Herabsetzung will die Dresden Straßenbahndirektion und ihre Stützen nur eine wirkliche Preissenkung, wie sie von der Kommunistischen Partei und von uns schon immer gefordert wurde, umgehen. Gleichzeitig versucht die Direktion von dem Korruptionslandstand abzulenken. Wir werden möglich Gelegenheit nehmen, in einem ausführlichen Artikel unsere Stellungnahme zu dieser neuen Verhöhnung der hungrigen Werktätigen klarzulegen.

Der verhinderte Herr Zehnter

Im örtlichen Verwaltungsausschuß des 3. Bezirks standen u. a. zwei Anträge unserer Genossen Berndt auf der Tagesordnung, von denen der eine die Einführung des 10-Pfennig-Tarifes auf allen Linien der Dresden Straßenbahn fordert, während der andere die Verlegung der Endhaltestelle der Linie 10 nach der Ecke Heppelstraße verlangt.

Beide Anträge wurden einstimmig abgeschlossen. Daß der Straßenbahndirektion die Beileute der Verwaltungsausschuß gleichgültig sind, geht daraus hervor, daß Herr Direktor Zehnter wegen anderer wichtiger Dinge verhindert war, an der Beratung teilzunehmen.

Nicht mit Unrecht folgerte Genosse Berndt, daß an dem Fehler des Herrn Direktors Zehnter wohltheilich das Kopferbrechen schied sei, was die Aufdeckung des Korruptionskampfes bei der Straßenbahn dem Herrn verurteile.

Selbstmord aus Liebeskummer

Die in Freital-Döhlen wohnhafte 27jährige Haustochter wurde gestern abend in der Küche der elterlichen Wohnung mit Gas vergiftet aufgefunden. Wiederbelebungsversuche waren ohne Erfolg. Der Grund zur Tat soll Liebeskummer sein.

So steht der Mittwochstand. Eingangs aufgefunden wurde in seiner Wohnung in Dip-

poldswalde am Montag an einer Türklinke der Blechhändler Dietrich. Wirtschaftliche Schwierigkeiten, die ihn schon vor Wochen zwangen, sein Anwesen zu verkaufen, sind der Grund zur Tat.

Beim Schlittenfahren verunglückt.

Oberhennsdorf. Am vergangenen Sonnabend verunglückt ein siebenjähriges Mädchen dadurch schwer, daß es aus dem Hof heraus mit dem Schlitten nach der Hauptstraße fuhr und direkt in ein Mülchgeschirr hinein. Es erlitt mehrere schwere Beinbrüche.

Opfer der Arbeit

In einer landwirtschaftlichen Maschine geriet während der Arbeit ein älterer Arbeiter auf dem Schlagbaum Prohls. Ihm wurden die Rippen von drei Fingern abgerissen.

Pferdegeschirr und Straßenbahn.

In der Nähe des Obergrabens auf der Hauptstraße fuhr am Dienstag ein Pferdeschlitten in einen Straßenbahngürtel der Linie 7. Älterer Materialarbeiter erlitt durch Glassplitter eine 28 Jahre alte Lederin und ein 45 Jahre alter Klempner Verletzungen.

Dresdner Volksbühne. Für das am 1. und 2. Weihnachtstag im Alberttheater stattfindende Spiel von Ernst Deutsch erhalten die Mitglieder in der Geschäftsstelle gute Plätze für 2,50 Mark.

Verbreitung der Winterpost-Wetterberichte durch Fernsprecher. Die Nachrichtenstelle der Oberpostdirektion teilt mit: Vom 18. Dezember 1931 ab kann jeder Fernsprechteilnehmer des Ortes Dresden von seinem Anschluß aus durch Anruf der Telegrammaufnahme des Telegraphenamtes Dresden (Sammelnummer 2451 oder 2551) außer der amtlichen Wetterbericht für die Sportgebiete im Erzgebirge und in der Lausitz erlangen. Während der Wetterbericht für den nächsten Tag erst von 11 Uhr ab bekanntgegeben werden kann, werden die Auskünfte über die Wetterberichtshälfte bereits ab 9.30 Uhr auf Anruf erstellt. Für jede derartige Auskunft ist eine Gebühr von 20 Pfennig zu zahlen, die gleichzeitig mit den Fernsprechgebühren eingezogen wird.

Berichtigung

In unserem Artikel „Rassenkorruption“ ist uns ein bedauerlicher Fehler unterlaufen. Es muß nicht heißen: Vorstand des Bauarbeiterverbandes, sondern des Bauarbeiterverbands.

macht. „Wir haben Millionen für Sachsen herausgeholt“, so verkündete stolz jeder SPD-Referent.

Hat auch nur ein einziger Erwerbsloser, Sozial- oder Kleinrentner die geringste Erleichterung durch die angeblichen Sachsen verschafften Millionen gehabt?

Solche Manöverchen, Herr Döllisch, ziehen heute absolut nicht mehr. Die SPD stellt sich im übrigen als Unschuldsgenel in der Gemeinde hin, die keinerlei Schuld für diese Entwicklung treffe. Wie wollen jürgen Dresden untersuchen, ob hier in jeder Beziehung fehlerfrei gearbeitet wurde?

Warum verschweigt die Dresdner Volkszeitung und die SPD die Geschenke in Höhe von 200 000 Mk. an die bürgerlichen Organisationen, die Niedenunterstützung im Sängerbund, die zuletzt festgestellte Unterstüzung im Deutschen Schwimmverein, warum läßt Herr Döllisch keine Kritik an den Niedenausgaben für Theater und die bürgerlichen Organisationen? Warum, das ist klar. Der Stell sollte gegen die kommunistische Partei abgeschossen werden und zur Entlastung der, für die heutigen Zustände verantwortlichen dienen.

Herr Döllisch war ja frei, nach der Volkszeitung wörtlich folgendes, gegen die KPD gerichtet, zu erklären:

„Wer diesen Mut nicht aufbringt und auf seine egoistischen Interessen nicht verzichten kann, hat kein Recht in dieser Notzeit den Maßstab der Kritik und der Herabsetzung an die Arbeit derjenigen anzulegen, die darauf gerichtet ist, der Dinge Herr zu werden.“

Mit dem Mut meinte Herr Döllisch Mut sich mit der Situation abzufinden. Die Kommunisten sind aber nicht gewillt, wie Herr Döllisch, sich damit abzufinden. Sie sind vielmehr der Meinung, daß nichts versäumt werden darf, um die Werkstätigen so schnell als möglich gegen das Hungersystem und die dafür verantwortlichen in Front zu bringen. Wir sind der Meinung, daß alles getan werden muß, um die Leidenszeit des Arbeiters abzu-

Generalappell in Freiberg

Am Freitag, dem 18. Dezember für alle Mitglieder der Partei und der revolutionären Massenorganisationen im großen Saale der „Union“. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

fürzen, denn je länger die Kapitalisten die Möglichkeit haben, mit Hilfe ihrer Knechte den jetzigen Zustand aufrecht zu erhalten, desto größer sind die Opfer, die die Werkstätigen bringen müssen. Diese Opfer wollen wir, die Kommunisten, den Werkstätigen ersparen. Das trennt uns von Herrn Döllisch, der wie die Volkszeitung mit Freuden feststellt, frei von jeder politischen Leidenschaft, daß eine Eigenschaft, die eben nur Sozialdemokraten, in den dem Kapitalismus gegenüber verantwortlichen Stellen, haben können.

Wie Kommunisten sind stolz darauf, auf Grund unserer marxistischen Erkenntnis die Interessen des Proletariats mit besonderer politischer Leidenschaft zu vertreten. Wenn Herr Döllisch und die SPD von dieser politischen Leidenschaft nichts mehr in sich haben, dann zeigt das nur, daß sich die SPD-Führer mit dem heutigen Hungersystem völlig abgesondert und ausgeöhnt haben. Die Hundertausende von hungrigen Dresden Arbeitern aber verstehen heute besser denn je, die Stellung der kommunistischen Partei. Wenn die SPD unsere Anträge, in denen wir die Fortsetzung der 39 in Dresden vorhandenen Millionäre verlangen, prologische Anträge nenn, so ist das die Bestätigung für unsere Behauptung und zeigt, wie jedes Klassenempfinden bei der SPD-Führung ist. Das wird uns nicht erhalten, den Kampf weiter zu führen für die Befreiung der Werkstätigen, für den Sozialismus.

Radeberger Arbeiter verhaftet wegen Tragens von schwarzem Hemd und rotem Schlips!

Wie die SPD-Reichstagsfraktion durch die Tolerierung Brünings den Notverordnungen die „gelehrte“ Basis gibt, so bemühen sich die SPD-Führer allerorts, besonders in Staats- und Gemeindesachen diese Maßnahmen in vordecker Front durchzuführen. Sie gehen ihren bürgerlichen Kollegen meist in der Anwendung voraus und zeigen ihnen, wie die Dinge gemacht werden müssen. Ein Beispiel dafür ist der nachfolgende Fall aus Radeberg. Dort dominiert in der Ver-

bestimmungen zum Uniformverbot vorlägen. Wahrscheinlich denkt sich in diesem Falle die Polizei des Herrn Bürgermeisters Weise, wenn noch keine Ausführungsbestimmungen da sind, müssen sie von ihnen beschafft werden. So benutzt die SPD die Notverordnungen zum verhältniswerten Kampf gegen die revolutionären Arbeiter. Die Werkstätigen werden nun erst recht die sozialen Klasse stärken und sich eintreten in die kommunistische Diktatur.

Wie wir dazu weiter erfahren, hat sich die Polizei des Herrn Weise nicht damit verhakt, den Betroffenen festzustellen, sondern hat gleichzeitig, um festzustellen, ob derartige auch wirklich nur ein Hemd anzuziehen hat, die Wohnung durchsucht. Dabei wurden Kommode und Wäscheschrank sorgfältig auf ihren Inhalt geprüft.

„Nehmen ist seliger als Geben“

(Arbeiterkorrespondenz Nr. 1915)

Erläut. Nehmen ist seliger als Geben, so dachte wahrscheinlich der Seeliger aus Elstra. Dieser Seeliger trug seinen Platz trotz seines Kriegsverlustes auch schon über die Not. Als er jetzt ein hungriger Erwerbsloser bei ihm um eine kleine Bude sprach, gab er diesem zur Antwort: „Einen Augenblick, ich werde gleich mitkommen, ich will mir bloß schnell mettern.“

So werden die Erwerbslosen durch die Diener Gottes verhöhnt. Wir wissen zwar, daß diese im Sammeln, um nicht zu lügen, Rechten, besondere Übung beobachten. Damit wird uns der Seeliger nicht beweisen, daß auch er schon notwendig hat, für sich persönlich rechten zu geben. Solange eine bürgerliche, nationale und sozialdemokratische Mehrheit im Städtischen Bund der Kirche jährlich noch Millionen in den Kassen wirkt, hat es noch immer zu den Gehältern der Pfaffen gehört. Die Werkstätigen werden aber antworten durch verhürteten Ausdruck der Kirche.

Gabotage beim Volksbegehr

SPD-Bürgermeister kennt die Bestimmungen nicht / Die Werkstätigen haben geantwortet

Wir brachten einen längeren Artikel, in dem wir den Nachweis zu führen in der Lage waren, daß in einer Reihe ländlicher Orte Sabotage zur Verhinderung der Siegereichen Durchführung des Volksbegehrns getrieben wurde. Wie erhalten nach dem Volksbegehrn eine Zuschrift aus Stenz bei Königstein, die so recht erkennen läßt, wie die SPD versucht, ihre Positionen in Staat und Gemeinde zu diesem Zwecke zu benennen. So wird uns geschrieben:

(Arbeiterkorrespondenz Nr. 1916)

Der Bürgermeister Jakob von Stenz kennt entweder seine Institutionen nicht, oder aber er will kommunistische Arbeiter von der Einzeichnung zum roten Volksbegehrn abhalten. Am 7. 12. war ein Arbeiter und eine Arbeiterin aus dem Gemeindeamt zur Einzeichnung. Als beide dort ihre Abfahrt bekanntgaben, wurden sie nicht in den letzten Tagen vom Bürgermeister angeholt. Es wurde ihnen erklärt, daß sie sich erst einen Stimmschein besorgen müßten, da sie bei der Landtagswahl 1919 noch in Königsbrück gewohnt hätten. Die Betroffenen glaubten dem Herrn Bürgermeister, gingen nach Königsbrück, um sich den Stimmschein zu versorgen, bzw. um dort sich einzuziehen. Sie haben dadurch eine Reihe Wege gehabt, die sie sich hätten erlauben können. Selbstverständlich haben sie dann, belehrt durch die Königsbrücker Schörde, nochmals das Gemeindeamt gebeten und dieser SPD-Bürokratie begrüßt gemacht, daß sie verpflichtet ist, sie einzuziehen zu lassen. Beimde steht sich aber Herr Jakob die Bestimmungen das nächste Mal etwas besser an.

Diese Mitteilung zeigt genau so, wie die Tatsache, daß in einem solch großen Ort wie Freital, der völlig unter SPD-Bewaltung steht, nur wenige Einzeichnungssäle vorhanden waren und die Einzeichnungssäle so ungünstig angelegt waren, daß sich kaum ein Werkstätiger, der noch in Arbeit stand, einzzeichnen konnte, das die SPD alles ausnutzt, um das von Volksbegehrn nicht siegen zu lassen. Die Antwort der Werkstätigen ist allerdings eine andere, als sie sich die Gewalttäter trauen ließen. Die Antwort ist unmissverständlich, sie bedient eine Ablage an die Volksvertreter am Schluß der SPD-Führer und zeigt, daß allein die kommunistische Partei den Vertrauen der Werkstätigen in immer folgendem Maße gewinnt. Nur die kommunistische Partei wird das Volk zu Siege führen.

„Nicht christliche Winterhilfe – sondern Bettlerhilfe“

Zu dem von uns im Nummer 203 am Freitag gehörten Artikel „So sieht die christliche Winterhilfe aus“, schick uns der Herr Gerlach, Pfarrer in Heidenau, folgende Berichtigung:

„Es ist unwahr, daß die christliche Winterhilfe Gutscheine in Höhe von 2 Pfennig, die bei Büdern und Fleischern in Zahlung gegeben werden können, an die Erwerbslosen ausgibt. Es ist unwohl, daß das Pfarramt Heidenau, Nordstraße 38, Gutscheine in Höhe von 2 Pfennig, die bei Büdern und Fleischern in Zahlung gegeben werden können, an die Erwerbslosen ausgibt. Wahr ist, daß das Pfarramt Heidenau, Nordstraße 38, sogenannte Bettlersechs – das sind Gutscheine in Höhe von 2 und 5 Pfennig – an die Gemeindemitglieder für den gleichen Wert verkaufen, die diese Scheine, anstelle darum Geldes, vorschreibenden Bettlern geben. Th. Gerlach, Pfarrer.

Diese Berichtigung, die eigentlich nichts berichtigt, was wir gebracht haben, ist bezeichnend für Ihren Verfaßer. Wenn überhaupt wird, daß es unwahr sei, daß durch die christliche Winterhilfe die betreffenden Gutscheine an Erwerbslose ausgetragen würden, so steht diese Tatsache im merkwürdigsten Widerspruch zu dem britischen Abdruck zugegebenen Tatsache, daß Gutscheine in Höhe von 2 und 5 Pfennig an Gemeindemitglieder vertheilt werden, die diese wiederum als sogenannte Bettlersechs an entsprechende Bettler ausgeben. Die Bettler wiederum können diese einlösen bei Fleischern und Büdern. Der Herr Pfarrer tut so, als ob Herr Gerlach auch Millionäre kein könnten, darüber muß aber doch schließlich jeder, der heute jedes geht, ohne Not, d. h. ohne daß er durch längere Erwerbstätigkeit in die schlechte Lage gekommen ist, also erwerbslos war, das ist, in diesem leichten Ausweg groß. Es widerstreift sich also durchaus nicht in unserer Meldung, wenn wir feststellen, daß die Ausgabe von Gutscheinen an Erwerbslose erfolgt. Allerdings ist auf diesem Gutschein, dessen Wortklausur folgendermaßen lautet: „2 Pf. Gutschein in Zahlung zu geben bei Heidenauer Büdern oder Fleischern. Einlösung erfolgt durch: Pfarramt, Nordstraße 38“ nicht erklärlich, ob die Ausgabe erfolgt aus Mitteln der Winterhilfe, oder aber, wie das oben behauptet wird, als Bettler die einklösbar sind und mit denen die Kirche, wie es scheint, noch ein Geschäft macht.

Zu übrigen halten wir diese Art der sogenannten Bettlerhilfe für das verwerflichste was man finden kann. Einmal wird der Betreffende in den Augen derer, bei denen er die Scheine einlödt, sofort als Bettler gestempelt. Das andere Mal liegen die Dinge so, daß sich jeder, bei dem die Einlösung erfolgt in der Ware danach richten kann. Im übrigen ist es eine Hilfe, die keinen der Beteiligten besondere Nutzen macht.

Wie reist man zu Weihnachten mit Sonntagsfahrtarten?

Da über die Benutzung von Sonntagsfahrtarten, die zu Weihnachten vom 23. Dezember, 0 Uhr früh, bis zum 4. Januar gültig sind, noch in weiten Kreisen Unklarheit besteht, soll der Dresden Verlehrverein folgendes mit Sonntagsfahrtarten, die nicht in Dresden ausliegen, können durch die Redaktion Alfred Rohr, Prager Straße, und Kesselsbüro Altmann, Rohlfeldhaus) nach fast allen Plätzen des deutschen Reiches befähigt werden, wenn sie mindestens 3 bis 4 Tage vor der Abreise bestellt werden. Diese Art ist erforderlich, weil die Reisedirektionen die Sonntagsfahrtarten erst durch ihre Befreiungen anfordern müssen. Der Schnellzugausflug draht auch für weitere Reisen (auf mehrere Sonntagsfahrtarten) im allgemeinen nur einmal für die die Hins- und Rückreise gelöst zu werden. Für die Rückreise ist zu beachten, daß die Reise mit den letzten Schnellzügen spätestens am 4. Januar früh überzugehen sein muß.

Märchen von der nordischen Herrenklasse

In einem Kapitel „Nassenkunde“ weist die neue U3 treffend in Bildern und Text den Widerrin der völkischen Theorie nach. In den Bildern wird nachgewiesen, daß die Menschen sich zwar nach Rassen einteilen lassen und es verschiedene Rassen gibt, aber nicht auf die Rassen, sondern auf die Klassen kommt es an. Die jetzt bekannte Theorie von der nordischen Herrenklasse ist nichts weiter als ein für die Sicherung des Kapitalismus erwünschtes Märchen. Zeigt diese Seiten den nationalsozialistischen Arbeitern, die diese Theorien nicht durchschauen können.

Weihnachten bedeutet die U3, indem sie das „traute Heim“, dasbrigens noch 20 Mark Miete kostet, einer Berliner Kleinwohnung zeigt, in der geradezu unglaubliche Verbäilichen ein erwerbsloser Textilarbeiter mit seiner Frau und seinem zwei Wochen alten Kind wohnt. Und in einer Gegenüberstellung einer südländischen Weihnachtspostkarte und einer lämpferischen Zeichnung von J. Trepp auf — Trepp ab.

In den Inneneinheiten zeigt die U3 das vielseitige Leben eines proletarischen Treppenhauses. Bettler, Müll und Liebespaare, Post, Kohlen, Nachbarn und revolutionäre Haus- und Hofpropaganda wechseln sich ab. Den 100 Jahre langen des Vommer Seidenwarenhauses gedenkt die neue U3 durch Berücksichtigung interessanter historischer Bilder. Die Kinder U3, eine Sportseite, eine Seite, dem Südpark gewidmet und aktuelle Bilder beschließen diese neue Nummer der U3.

Vorbildliches Gammeleraebnis

Die Ortsgruppe Bernstadt hatte bis zum vergangenen Mittwoch 50 Mark für das Volksbegehrn gesammelt. Damit hat die Ortsgruppe ihr Werbeschall, daß 50 Mark beträgt, schon überschritten.

Rund um den Erdball

Schwere Sturmschäden in Ostpreußen

Woh Matrosen im Ortan umgesommern

Ostseebad Graau verwüstet — Reihenweise gefällte Bäume

Königsberg, 16. Dezember. Der Orkan, der in der Nacht zu Mittwoch über Ostpreußen hinbrachte, hat an der Küste schwer Verwüstungen verursacht. Ganz besonders schwer ist das Ostseebad Graau betroffen worden.

Dort schlägt man den in dieser Nacht entstandenen Schaden auf eine halbe Million Mark. Die Uferpromenade und das Strandbad sind von den Wellen zerstört worden. Die Küstensee ist weit ins Land gedrungen. Die Chausseen sind mit gefällten Bäumen überläuft. In den Häusern sind sämtliche Fenster zerstört. Seit 1913 ist Graau von einem solchen Sturm nicht heimgesucht worden. Die Villenkolonie Weiß-

ende ist fast völlig abgedeckt worden. In Neukuhren, dem großen ostpreußischen Fischerhafen, sind mehrere Fischerhäuser vernichtet.

Bei Neukrug ist ein Dreimasthöher im Sturm gesunken. Die Mannschaft, vermutlich acht Mann, ist aller Wahrscheinlichkeit nach ertrunken. Das Wrack wurde auf den Strand geworfen. In Pillau ist durch den Sturm u. a. die Molenbahn im Hafen zerstört worden. Die See hat den Strand überspült und steht in den Dünen. Der ganze Strand ist mit Steinen und Balken besät.



Gezeichnete Musik

Interessante Versuche eines Sowjet-Komponisten

Die neue „Moskauer Rundschau“ meldet: Der Komponist A. Abramow führte im Moskauer Wissenschaftlichen Forschungsinstitut für Kino und Photo sehr interessante Versuche durch, deren Ergebnis in nächster Zeit der Öffentlichkeit vorgezeigt werden soll. Abramow zeichnet bestimmte geometrische Figuren auf Papier auf, die er dann auf dem Tonstreifen des Filmbands aufnimmt. So wurde, z. B., die Bewegung eines Punktes entlang einer Wellenlinie aufgenommen und andere ganz einfache graphische Figuren im Einzel- und Reihenfolge. Die musikalische Wiedergabe dieser Art Aufzeichnungen — auf dem gewöhnlichen Weg mittels Photolelementen, Verstärker und Reproduktor — ergibt Klänge, die man seinem existierenden Instrument zuzuschreiben vermöchte.

Zugleich arbeitet Abramow an der Aufzeichnung komplizierter geometrischer Figuren, er versucht einfache algebraische Gleichungen in ihrer graphischen Darstellung musikalisch zu machen, ebenso die Bewegungen der Moskauer bestimmter geometrischer Verbindungen usw.

Technische Arbeiten wie die Abramows werden übrigens auch augenblicklich in Frankreich und Deutschland durchgeführt. Jedoch scheinen sie nach Angaben Abramows in anderer Richtung zu verlaufen. Demnächst sollen Multiplikationsfilme mit ihrer eigenen Musik dem Moskauer Publikum vorgeführt werden.

„Nehrkarten“ auf der Reichsbahn

Monatskarten ohne Bindung an den Kalendermonat

Berlin, 16. Dezember. Wie wir erfahren, will die Reichsbahn sogenannte „Nehrkarten“ herausgeben. Zu diesem Zweck ist das gesamte Reichsbahnnetz in 16 Gebiete aufgeteilt worden, die jeweils etwa 6000 Kilometer Strecken umfassen und sich zum Teil überschneiden.

Auf Berlin wurde ein Netz festgelegt, das im wesentlichen die Mark Brandenburg und Teile der anstoßenden Länder und Provinzen umfasst. Von den übrigen Gebieten reichen die Reise Ostpreußen-Berlin, Schlesien, Pommern-Grenzmark, Stettin-Hannover, Sachsen und Sachsen-Thüringen bis nach Berlin.

Die Nehrkarten werden als Monatskarten, jedoch ohne Bindung an den Kalendermonat, ausgegeben und

Zwei Welten

... stehen sich gegenüber: der alte, morsche, faulende, die die Massen in Not und Elend pressende Kapitalismus, und der junge, kräftige, aufblühende Sozialismus, der die Produzenten von der Arbeitsqual befiebt, sie in ständig wachsendem Maße an der sich rasch entwickelnden gesellschaftlichen Produktion teilnehmen lässt, ihnen den Weg zum Aufstieg auf neue Höhen ebnet.“

Aus dem eben erschienenen Band I des Werkes von Hermann Remmeli „Die Sowjetunion“, 300 Seiten, Leinen 2,85 Mark.

Völkerbund-Bleigießen



oder ein Blick in die Zukunft
Aus dem neuen Gulenspiegel

Irenhaus in Flammen

Drei Kranke verbrannt — weitere drei vermisst

Gordon, 16. Dezember. Das Irrenhaus in Charlottetown auf der Prince-Edwards-Insel in Kanada ist durch eine Feuerwehr vollkommen eingeebnet worden. 400 Insassen konnten von der Feuerwehr aus dem brennenden Gebäude gerettet werden. Drei Kranke sind verbrannt und drei andere werden noch vermisst. Es spielten sich bei der Katastrophe schreckliche Szenen ab, da ein Teil der Irren sich verzweigt gegen die Rettung wehrte.

Raubmord an der Stiefmutter

Am Mittwoch früh wurde die Stauermeisterfrau Hilda Bred in ihrer Wohnung in der Eintrachtstraße in Danzig-Reinhardswalde von ihrem 28-jährigen Stieffohn Hermann Bred ermordet. Der Mörder war seit einem Jahre als auf Seezeiten beständig abgemeldet. Er tauchte häufig in Reinhardswalde auf, drang heute früh in die Wohnung seiner Stiefmutter ein und erschlug sie mit einem Hammer.

Aus Naturwissenschaft und Heilkunde

Erste Hilfe bei Wintersporerverletzungen

Winke und Verhaltungsmaßregeln für den Arbeitssportler

Jeder Arbeitssportler, der nur irgendwie Mittel und Möglichkeiten hat, wird, da ja in diesem Jahr die Feiertage so günstig liegen, die Gelegenheit nutzen und einige Zeit im Freien beim Sport verbringen. Mancher Genosse, vor allen Dingen der älteren Generationen, sagt auch heute noch, wenn er die Freizeit-Jugend hinausziehen sieht: „Ist ja alles Unfass, sie sollen sich die jungen Leute in ihrer Freizeit auf den Hosenboden legen und lernen. Sie brechen sich ja bloß das Genid.“

Nichts falscher als das! Der Körper, besonders bei jugendlichen Menschen, braucht dringend frische Luft und Belebung aller der Muskeln, die im Beruf vernachlässigt werden. Und die Partei- und Sportfunktionäre werden fitlicher und kräftiger an die Arbeit gehen, werden den Kampf der an allen Ecken und Enden vorbrechenden Reaktion viel leichter führen können, wenn ihr Körper noch einer solchen Erholung elastisch, ihr Gehirn ausgeruht ist.

Insolfern haben die „Alten“ allerdings recht: der Wintersport, sonst die gefürchtete Sportart, die es außer dem Schwimmen gibt, ist nicht ganz ungefährlich. Vor allem beim Rodeln und Schlittenfahren ereignen sich Jahr für Jahr schwere, manchmal tödliche Unfälle, und nicht nur etwa in den Wintersportländern, sondern auch ganz in der Nähe der Großstädte. Beim Rodeln sind Beine und Kopf gänzlich ungeschützt. Beim Anprall des Schlittens gegen einen Baum kann es zur Gehirnerstürtzung, Wirbelverrenkungen und Schädelbrüchen kommen. Die ungeschützten Beine bleiben an einer kleinen Wurzel hängen, eine Knie- oder Hüftgelenkverrenkung ist die Folge. Bein- und Armbrechen kommen schließlich auch beim Ski- und Schlittschuh laufen vor. Jedoch sind diese beiden Sportarten viel weniger gefährlich.

Doch kleiner Verletzungen, wie sie jeder Wintersportler selbst schon öfter durchgemacht hat, im allgemeinen keine besonderen Folgen zeitigen, hat wohl seine Ursache darin, dass der in gewisser Lust gesättigte Körper genügend Abwehrkräfte entwickelt, um etwaigen Infektionen vorzubeugen. Auch hellen ja in der Kälte Wunden viel schneller als in den warmen Jahreszeiten.

Und dann das Wesentliche! Jeder Wintersportler weiß, wie man eine Verletzung sachgemäß zu versorgen hat. Er hat im allgemeinen das richtige Gefühl dafür, ob in diesem Falle das Hinzutun eines Arztes nötig ist oder nicht. Und er wird diesen lieber einmal mehr als einmal zu wenig rufen. Die meisten Sportgenossen wissen, dass es nötig ist, immer ein steriles Verbandpäckchen, 2 Mullbinden (8 und 10 Zentimeter breit), eine

klassische Binde (12 Zentimeter breit), etwas Hanoplast oder Deopalast, leimfreien Tupfermull und etwas Jodtinctur mitzuführen. Diese gibt es neuerdings auch in fester Form als „Jodstäbchen“ und in kleinen Flaschen, aus denen jeweils nur ein Tropfen herauskommt (als Jod-Blue im Handel). Wenigstens kann das Jod dann nicht auslaufen, die Flasche nicht zerbrechen.

Beim Fallen auf den Kopf oder beim Stoßen gegen den Bauch kommt es sehr häufig zu einer vorübergehenden, manchmal bleibend aussehenden Bewußtlosigkeit, die man durch abstützen kann, doch man in gleichmäßigen Rhythmus siebzig bis achtzigmal in der Minute mit der zur Faust geballten Hand auf die Herzgegend knüpft. Allerdings dürfen die Schläge nicht mit solcher Wucht ausgeführt werden, da man dem Ohrmäppchen dabei ein paar Rippen bricht, wie das schon vorgekommen ist. Keht das Bewußtsein zurück, so wird er sich nach dem Genuss von etwas schwarem Kaffee oder Tee rasch erholen. Diese beiden Getränke haben sich vor allem auch in der Vorbeugung vor nervösen Schüttungszuständen bewährt. Wie denn überhaupt der Wintersportler möglich aber gut essen soll und sich niemals mit vollem Magen größeren Anstrengungen aussetzen darf. Dagegen empfiehlt es sich, etwas Kakao, ein oder zwei Zitronen und Würzelzucker leicht bei sich zu führen. Vieles Trinken, vor allem der Genuss von Alkohol, macht den Körper schlapp, führt zu starker Schweißbildung und frühzeitiger Ermüdung.

Die Behandlung ernsterer Zwischenfälle, bei denen der Sportler selbst nicht fertig wird, überlässt er dem ausgebildeten Arbeiterarzt am besten, wenn nötig, dem Arzt. Bei Knochenbrüchen wird zunächst ein Notverband, zu dem sich Stoffe, Tücher usw. eignen, angelegt und der Verletzte dem nächsten Arzt gegeben. Ein solcher Notverband, bei dem man Niemen, Gürtel, Hosenträger usw. als Bindenmaterial benutzen kann, hat aber nur Zweck, wenn die Gelenke ober- und unterhalb der Bruchstelle ruhig gehalten werden. Bei Verdacht auf Schädelbruch und bei Geburtsbeschleunigung darf der Kranke zunächst nicht transportiert werden. Die erste Hilfe kennt Genossen bestellt nur darin, ihn ruhig zu stellen und an Bewegungen zu hindern. Erst der Arzt kann entscheiden, ob und wie der Kranke transportiert werden darf.

Und nun keine Angst, es wird schon nichts passieren! Rot-Sport!

Dr. med. Wilhelm Swienty,

Berantwortlich: Alfred Henrich Berlin.

Leipart proklamiert:

Die restlose Preisgabe der „freien“ Gewerkschaftsorganisationen durch den ADGB

Vereinigung mit Christen und Gelben. „Gewerkschaftsbewegung muß dem Staat dienen“. Schafft die Millionenfront der RGO!

Nachdem in den letzten Jahren in den Erklärungen der reformistischen Gewerkschaftsführer sowie der Gewerkschaftspresse immer weniger vom Kampf gegen die „Gelben“ und „Christen“ die Rede war und Siegerwald auf dem Trausnitzer ADGB-Kongress seine Rede halten konnte, nimmt die „Einheitsbewegung“ des ADGB zu den früher so sehr befürworteten, vom Unternehmertum ausgehaltenen christlichen und hirch-Dunderschen Gewerkschaften immer offener Formen des Klassenvertrags an. Schließlich, nachdem der ADGB-Verlag das „Neue Testament“ drucken ließ, kann man begreifen, daß man sich auch an die Väter derselben wendet. Wesentlich für uns ist die Stellung der Gewerkschaftsmitglieder, die in der Vorriegszeit oft genug Gelegenheit hatten, das Verhalten der „Gelben“ im Betrieb am eigenen Leibe zu spüren.

Wie sagen ihnen, erkennt ihr nun, daß die Kommunisten, die diesen Weg vor Jahren auszeichneten, Recht hatten, als sie erklärten, daß der Kampf gegen die „Gelben“ nur ein Scheinkampf sei, weil ja Rücksicht auf die Koalitionsbrüder genommen werden müsse.

Die Aussführungen Leiparts, die wir nachstehend wörtlich wiedergeben, müssen jedem ehrlichen Gewerkschaftsmitglied die Schamröte ins Gesicht treiben, ob der offene Kapitulation, die der „Führer“ des ADGB ohne Willen der Mitglieder eingegangen.

Der Vorstand des ADGB, Leipart, schreibt in Nummer 49 der „Gewerkschaftszeitung“. Es handelt sich um eine autoritative Antwort des ADGB auf drei Fragen der hirch-Dunderschen Gewerkschaftvereine über die organisatorische Vereinigung der Gewerkschaftseinrichtungen. Die hirch-Dunderschen Gewerkschaftvereine stellen drei Bedingungen als Fragen an den ADGB als Voraussetzung der organisatorischen Einheit.

1. Parteipolitische Neutralität ohne Verpflichtung der Mitglieder zu irgendwelcher Parteizugehörigkeit.

2. Vollige Sicherung der religiösen Glaubensfreiheit der Mitglieder.

3. Enthaltung der Gewerkschaftsmitglieder und der Gewerkschaftsbewegung als Organe des Staates und der Nation.

Leipart beantwortet die drei Fragen restlos im Sinne der arbeiterfeindlichen gelben, hirch-Dunderschen und christlichen Gewerkschaftsleitungen. Aus dem Munde des Vorstandes des ADGB hören jetzt die deutschen Arbeiter und Angestellten, daß ihre ehemaligen Klassenkampfgewerkschaften völlig preisgegeben werden und aus der Grundlage der klassenfeindlichen, gelben Gewerkschaftsleitungen vereinigt werden sollen. Auf die einzelnen Fragen antwortet Leipart u. a. folgendes.

„Je weiter sich jedoch die Gewerkschaften entwickeln, je weiter ihre Orientierung über sich selbst, über die Eigenart und ihre Aufgabe fortgeschreitet, je reiner sie ihren Zweck herausbildeten, je vollkommener sie ihn erfüllten und ihre Methoden ihrer Wesensart gemäß und ganz aus eigenem Vermögen gestalteten — um so näher fanden sie dem Augenblick, in dem sie Umlammerung durch parteipolitische Einflüsse abstreiten und ihr Recht auf volle Unabhängigkeit von allen politischen Parteien durchzuhalten könnten!“

Ganz abgesehen davon, daß diese Antwort ein offensichtlicher Schwund ist — erinnert sei nur an die Millionen Wahl-

gesieder der „freien“ Gewerkschaften für die SPD bei den letzten Reichstagswahlen —, ist das der als Trade-Union-Bündnispunkt in der Gewerkschaftsbewegung, den sich alle Gewerkschaften zu eigen gemacht haben, die die Gewerkschaften vom Klassenkampf, von der festen Verbindung und der politischen Führung der Klassenkampfpartei des Proletariats zu lösen versuchten um Interesse der Politik der Unternehmer und der gesamten Bourgeoisie.

Die Frage der Glaubensfreiheit in den Gewerkschaften verändert Leipart direkt in eine Propaganda für die Religion innerhalb der ADGB-Gewerkschaften, die Marx mit Recht als Opium für das Volk bezeichnete:

„Die religiöse Glaubensfreiheit des Mitgliedes muss gegen jeden Zweifel sichergestellt sein. Besicht doch keinerlei Anlaß zu befürchten, daß das Erfüllen des Mitgliedes mit Irrengang, die echter, religiöser Überzeugung entspringen, dem Zweck der Gewerkschaften zuwider und seiner Erfüllung hinderlich ist.“

Jedem proletarischen Klassenkämpfer in den ADGB-Gewerkschaftsverbänden muß diese Stellungnahme der ADGB-Führer in der Frage der Religion die Schamröte ins Gesicht treiben.

Zum Schluß gibt Leipart das zu, was die RGO bereits mehrfach nachgewiesen hat: die Verwandlung der Gewerkschaften zu Organen des kapitalistischen Staates. Leipart stellt sich:

„Ohne Zweifel muß die Gewerkschaftsbewegung den Staat, den Nation, der Demokratie dienen... Die Stellung der Gewerkschaften zum gegenwärtigen Staat ist aus ihrerwegen Gänseblümchen durchaus positiv. Aber nicht nur das, sondern die Gleichheit der Stellung der Gewerkschaften aller Nationen im System der modernen kollektiven Arbeitsverteilung, die das Fundament ihres positiven Verhältnisses zum Staat bilden, hat auch die Unterschiede zwischen ihnen verringert und die Voraussetzungen für die Einheit verschafft.“

Diese Feststellungen Leiparts am Vorabend der Verabsiedlung der neuen, ungeheuerlichen Notverordnung gegen die Arbeiterklasse bedeuten, daß der ADGB die Gewerkschaften als Vollzugsorgane für die Durchführung der Notverordnungen der Brünningregierung erklärt. Ein Sturm der Entzückung mußte gegen diese Politik der Arbeiterversräte, die an der Spitze des ADGB stehen, erheben.

Leipart kommt zu folgenden Schlussfolgerungen:

„Prüft man diese Fragen leidenschaftslos und ohne Vorurteile, so kommt man zu dem Schluß, daß eine Vereinigung der Gewerkschaften völlig neue Perspektiven für die Festigung des republikanischen Staatsweises durch die Bildung eines umfassenden gesellschaftlichen und politischen Machtblocks darbietet...“

Aus unserer Antwort auf die drei Fragen dürfte hervorgehen, daß zumindestens zwischen uns und den Gewerkschaftsvereinen keine Gegenläufigkeit besteht, die eine Aufrichterhaltung der Trennung rechtfertigen könnte.“

Fürwahr, die Trennung der Gewerkschaften ist irre, gräßlich und christliche läuft sich nach der Politik der Leipart, Tausch und Konflikten nicht mehr rechtfertigen. Sie schlagen aus dieser Erkenntnis selbst die Vereinigung vor, und zwar auf dem Boden des Programmes und der Politik der gelben Unternehmensgewerkschaften zur Verhinderung des Klassenkampfes, gegen die Interessen der Arbeiter und Angestellten. Die „freien“ Gewerkschaften sind gerade im Kampf gegen die gelben Unternehmensorganisationen groß geworden. Jetzt sollen die Arbeiter der ADGB-Verbände an diese Organisationen und ihre Politik verschachert werden.

„Die Gewerkschaften dienen dem Staat“, der die ungemeinliche Ausbeuterpolitik durch Notverordnungen durchführt, so verhindern die Leiparts ihre Politik. Einheit der Gewerkschaften auf dem Programm der Gelben, gegen die Arbeiter, das ist die Politik des ADGB.

Alles für die Durchsetzung der Arbeitersforderungen, eine Einheit in jedem Betrieb, gegen Lohnabbau, Massenentlassungen und Faschismus. Das ist die Politik der RGO. Dafür rügt sie alle Arbeiter und Angestellten auf. Stärkt die RGO als einzige, gewerkschaftliche Kraft, die die Interessen der Arbeiter und Angestellten vertreten.

Wieder Sieg streitender Landarbeiter!

Die Streikbewegung der Landarbeiter in Ostpreußen hat sich ausgedehnt. Auf dem Gute Motterau genügte bereits ein Streikbeschluß, um den Gutbesitzer zur Zurücknahme seiner Lohnabbauforderung zu veranlassen.

Auf dem Gut Gubehnen steht die Belegschaft geschlossen im Streik. In Wangen hat die Belegschaft als Protest gegen den Lohnabbau ebenfalls die Arbeit niedergelegt. Auf den Gütern in Ettitten standigte der Gutbesitzer einen Lohnabbau an. Als die Belegschaft einen Streikbeschluß fasste, zog der Gutbesitzer seine Forderungen wieder zurück.

Internationale Wirtschaftskämpfe

Spanien: Gegenwärtig tagt in Sevilla der Kongress des Ortsverbandes der revolutionären Gewerkschaften, die derart Gewerkschaftsinternationale angegeschlossen sind. Auf der Tagung sind 70 Gewerkschaften mit einer Gesamtmitgliedszahl von 80 000 Gewerkschafter durch 95 Delegierte vertreten. Der Hauptpunkt der Tagesordnung betrifft die Einheitsfront.

Tschechoslowakei: Am Donnerstag findet in Prag eine Verhandlung gegen Genossen Stern statt. Ein Auspruch in einer Versammlung gegen die imperialistischen Kriegsvorberufungen, hat den Staatsanwalt bewegen, die Auslieferung vom Parlament zu verlangen und der Immunitätsausschuss hat auch in diesem Falle mit den Stimmen der Sozialistischen Gewerkschaften Stern ausgeliefert.

Um 18. Dezember stand in Prag eine Konferenz der Arbeiterinnen der Prager Betriebe statt. 25 Betriebe waren durch

120 Delegiertinnen vertreten. Außerdem waren auch die Jugend und die Ucsia vertreten. In das Präsidium wurden Vertreterinnen der jugendlichen Arbeiterinnen, der Arbeitslosen und das Mitglied des Betriebsausschusses der Firma „Jatlo“ als offizieller Vertreter der vereinigten Betriebsausschüsse gewählt. Die Debatte, wie auch die ganze Konferenz, wurde im Zentrum der Einheitsfront der werktätigen Frauen durchgeführt. Wie die Genossin Jaburova, Redakteurin der Frauenseitung „Rozsada“ über die Versammlungsfreihalt sprach, lobte der anwesende Regierungsvertreter die Konferenz auf.

England: Halboffiziell wird mitgeteilt: In dieser Woche wird eine dritte Serie von Antidumpingzöllen verordnet. Diese dritte Serie wird sowohl neue Zölle für Fertigwaren als auch die Erweiterung und Revision der schon mit Zöllen belegten Warenliste vorsehen. Eisen und Stahl werden jedoch noch nicht in die dritten Zölle enthalten sein.

KPD-Abrechnung mit Faschismus und Tolerierungspolitik

Naziterror - Schiedspolizei - GPD-Lataien

Gütige Anklagerede des Genossen Sindermann im Landtag! Beifall auf den Tribünen. SPD-Kauhisch gesteht: Schiedsministerium schuf Aufmarschplan für Faschismus! Röd-Borstob gegen Notverordnung!

Dresden, 17. Dezember

Die gestrige Plenarsitzung des Sächsischen Landtages stand unter dem Eindruck der kommunistischen Offensive der Volksbegehrung gegen Schiedsregime, Faschismus und Kapital. Der Schiedslandtag hatte sich auf seine Weise gezeigt. Im Umkreis des Schlossplatzes umgab ein Polizeiaufstand das Landtagsgebäude. Schätzliche Kontrolle aller Besucher konnte jedoch nicht verhindern, daß die Tribünen brechend voll waren. Bereits in Beginn der Sitzung erfolgte ein kommunistischer Gruß. Genosse Siegel forderte, daß außer den auf die Notverordnung gelegten Punkten, die sich hauptsächlich mit der Sitzung der Schiedspolizei und des Staatsapparates und deren Einfluss mit den Nazis beschäftigen, auch der kommunistische Auftrag gegen die neue Notverordnung erörtert wird. Unter sofortiger Zustimmung der kommunistischen Fraktion befand sich Genosse Siegel, daß die Hundertausenden, die sich nominell in die Räte des roten Volksbegehrens eingezeichnet haben, nicht nur damit eine Kampfserklärung gegen diesen Landtag und diese Regierung, sondern auch einen Waffenstillstand gegen das neue Notdiktat und den Ausnahmezustand am Abend bringen. Bezeichnend war, daß die Sozialdemokraten mit höhnischen Zurufen einzogen, jedoch nicht wagten, Gegenworte gegen den kommunistischen Vorschlag zu erheben, daß dann auch der kommunistische Notverordnungsantrag auf die Tagesordnung gelegt wurde. Unter den Augen der überfüllten Tribüne wogte man auch nicht, die von den Kommunisten eingangsgekündigte Einschränkungen der Redezeit durchzuführen.

Bei der Beratung der Anträge zeigten sich die fälschlichen SPD-Führer im grössten Lichte ihres parlamentarischen Kreislaufs. Nicht weniger als 7 Abgeordnete hielten sie vor, um auch ihnen ihren Wählern einen „Kampf gegen den Faschismus“ vorzubüscheln. Diese Redner brachten auch Beispiel über den Blausturz des Nazis. Unter der Wucht der Reden mußte ebenfalls einer nach dem anderen erklären, daß die Polizei der Schiedsregierung und die Justizbehörden hand in Hand mit den Gardes Hitlers arbeiten, und daß die Opfer dieses Blutbades die sächsischen Arbeiter sind. Der Abgeordnete Siegel war sogar gezwungen, zu erklären:

„Die ganze sächsische Polizeileitung ist erzreaktionär... Die sächsische Justiz ist eng mit ihr verbunden... Das sächsische Justizministerium hat erst den Aufmarschplan für den Faschismus gefasst.“

Der noch der Aufführung der Tafelachen und dienen Geständnisse erdeten all die Forderungen der SPD-Redner mit einem Appell an eben dieselben von Kauhisch selbst als Schriftsteller des Faschismus gefeierte kapitalistischen Staatsbehörden. Die Toleranter des Herrn Schied erwies sich gleichzeitig als Feind des Nationalsozialismus Brünings. Sie riefen nicht die Arbeiter zum Kampf auf, sondern warnten die Regierung vor der Gefahr, daß die Arbeiter selbst die Konsequenzen ziehen aus den offenen gemeinsamen Auftreten des „republikanischen Staates“ mit dem nationalsozialistischen Stottrupps. Es war bestimmt, daß die nationalsozialistischen Redner ihre Forderungen bestmöglich mit dem demagogischen Hinweis auf die Verräterpolitik der SPD-Führer, um dadurch den Faschismus zu distreditieren. Die Nazis forderten weitere Verstärkung des Kurses gegen die Arbeiterschaft und ihre Freiheit, die Herr Schied längst übernommen hat. Ein Tag verzögerte aufs Wort, als er sein Urteil ablegen sollte.

Mit einem Schlag veränderte sich das Bild, als der Redner der kommunistischen Fraktion die Tribüne betrat. Die Nationalsozialisten und Bürgerlichen hatten den Saal verlassen. Die Sozialdemokraten schlossen sich bis auf einige Hochposten an. Über die überfüllte Tribüne nahm mit Zustimmung und auferordentlicher Teilnahme die glänzenden Ausführungen des Genossen Sindermann auf, der mit den nationalsozialistischen Blutbänden, dem kapitalistischen Diktatapparat und dem sozialdemokratischen Schriftmachern des Faschismus abtrat und ungeheure Material über Naziterror, Justiz und Polizei unterstrich. Eine geradezu sensationelle Entblößung machte er über Schändlichkeiten in Chemnitz, wobei der bekannte Kommissar Scholz, der durch die SPD vor Jahren ins Amt gebracht worden war, eine besondere Rolle spielt. Wir werden darüber noch berichten. Genosse Sindermann widererte die Lüge, daß der Faschismus nur in den nationalsozialistischen Terrorbanden versteckt sei. Der fälschliche Charakter der gegenwärtigen Herrscherschaften der kapitalistischen Klasse und ihre Tolerierung des Führers der Sozialdemokratie stellen Glieder in der Seele des Faschismus dar, die im Kampf stehende Arbeiter nicht am Boden halten sollen. In diesem Kampf steht sich die soziale Arbeiterschaft in einer Front gegen die nationalsozialistischen Terroristen, gegen den Polizei- und Justizapparat der herrschenden Klasse und gegen die sozialdemokratischen Führer. Durch ihren Betrug am Marxismus, durch ihre Tolerierungsschäfte des „kleineren Lebels“ beim Faschismus den Weg bereiteten. An der Spitze der Arbeiterfront steht jedoch die kom-

munistische Partei. Sie organisiert in Verbindung mit der RGO den entfesselten Massenkampf, den Kampf um die Lebensinteressen der Werktätigen gegen alle, die der herrschenden Klasse Hilfsdienste leisten. Wenn die Kommunisten hier Fortsetzung auf Vorwegen gegen die fälschlichen Terrormaßnahmen, auf Amtsenthebung der dafür Verantwortlichen stellen, so tun sie dies, um Regierung und Landtag vor dem wertvollen Volk zu schützen. Die Kommunisten, die ihr rotes Volk begehen und den roten Volksstaat als ein Mittel unserer parlamentarischen Massenmobilisierung durchführen, warnen die Arbeiter von Illusionen über den Charakter dieses Staates.

Schon haben Braunschweig und Riesa gezeigt, daß die Einheitsfront der Arbeiter die verräderliche Wollung der SPD-Führer „Staat greift zu“ richtig einzuschätzen wissen.

In einer parlamentarischen Massenmobilisierung, im Kampf um Arbeit, Freiheit und Brod für die Massen wird die Kommunistische Partei, und nur die Kommunistische Partei, das deutsche werktätige Volk zum Sieg über seine Feinde, zum Sieg über den Faschismus — zum Sozialismus führen.

Der sofortige Beifall, der der Rede des Genossen Sindermann folgte, zeigte den Widerhall der kommunistischen Anklagerede auch bei den Tribünenbesuchern, die sich zu einem grossen Teil aus SPD- und Reichsbannerarbeitern zusammensetzen.

Nachdem Genosse Siegel in der Begründung eines Antrages gegen die Einrichtung der Staatsorgane in Wirtschaftskämpfen

die Rolle der sozialdemokratischen und christlichen Betriebsräte im Dresdenner Straßenbahnerkampf gekennzeichnet hatte, die als Bützel des Lohnabbaus zum Dresdenner Polizeipräsidium gegangen waren, um die Polizeimaßnahmen einzubremsen und die Streifführer, besonders den Genossen Grüner zu denunzieren, wandte sich Genosse Sindermann gegen die Massenverbote von Orts- und Betriebszeitungen, deren Aufhebung er forderte.

Kennzeichnend war, daß, als in die Beratung der Anträge zur Notverordnung eingetreten werden sollte, sich außer den Kommunisten nur noch 1 Bürgerlicher und 3 Sozialdemokraten im Saal befanden. Die Kommunisten forderten deshalb Beratung der Beratung auf, heute, da heute die Debatte über die Anträge erfolgen soll. Bezeichnenderweise wurde das abgelehnt, so daß vor leerem Hause, nur unterstützt von der kommunistischen Fraktion Genosse Herrmann den

kommunistischen Antrag gegen die Notverordnung begründet. Auch er wies auf den fälschlichen Charakter der Maßnahmen hin, die die herrschende Klasse im Interesse der Aufrechterhaltung ihrer herstellenden Gesellschaftsordnung auf Kosten der breiten Massen durchführt. Der Antrag gipfelt in der Forderung, in Sachsen die neue Notverordnung nicht zur Durchführung zu bringen.

In der heute stattfindenden Debatte werden die kommunistischen Redner die offenen und verdeckten Fälschungen aller Schaffierungen zur Stellungnahme bringen und diesem Landtag die arbeiterfeindliche Maske vom Gesicht reißen.

Nazi-Propaganda in Polizei-Kasernen!

Verbandsorgan der unteren Beamten bleibt verboten. KPD-Entblösung im Landtag

In der heute stattfindenden Debatte im Sächsischen Landtag wird die Schiedsregierung gezwungen sein, auch zu folgendem kommunistischen Antrag Stellung zu nehmen:

Das vom Innensenministerium ausgesprochene Verbot der Auslegung des Organ's der sächsischen Schupolizei in den Unterkunfts- und Aufenthalträumen der Polizei wird noch wie vor aufrechterhalten. Demgegenüber wurde aber das Organ des Sächsischen Polizeibeamtenbundes „Der Bund“ nach kurzer Verbotsdauer zur Auslegung wieder zugelassen. Das geht aus dem Tagesbefehl vom 6. 11. 1931 hervor.

Des weiteren ist laut einem Tagesbefehl vom 4. 11. 1931 allen Beamten Schärfsten verboten worden, über dienstliche Vorgänge an Landtagsabgeordnete Mitteilung zu machen.

Die Vorgänge in der sächsischen Polizei, vor allem die Anweisungen und Handlungen der leitenden Personen tragen einen offenen fälschlichen Charakter. In Chemnitz sind in dieser Beziehung Zustände eingetreten, die zum größten Teil auf die Anordnung des Regierungsrates Schulz, der offener Anhänger der

NSDAP ist, zurückzuführen.

Wir beantragen, der Landtag solle beschließen, die Regelung zu beauftragen:

1. anzuordnen, daß der Tagesbefehl vom 4. und 6. 11. 1931 sofort rückgängig gemacht wird; 2. die Verbandszeitung „Die Sächsische Schupolizei“ zur Auslegung zu zulassen; 3. den Regierungsrat Schulz seines Postens zu entheben.

Das wesentliche ist, daß „Der Bund“ nationalsozialistische Propaganda treibt. Das Verbot, an Landtagsabgeordnete zu berichten, ist ausschließlich gegen die kommunistischen Landtagsabgeordneten gerichtet, nur die sich in den letzten Monaten mehr und mehr unter Polizeibeamte gewandt haben, zum Schutz vor dem Nazifluss unter Schied.

Hörsing mußte doch gehen!

In der gestrigen Sitzung des Bundesausschusses des Reichsbanners erklärte Hörsing seinen Rücktritt. Hörlermann wurde zu seinem Nachfolger gewählt.

Prima Heringssalat	1/4 Pfund 20 Pf.
Pikanter Fleischsalat	1/4 Pfund 25 Pf.
Reine Eiermayonnaise	1/4 Pfund 25 Pf.
Feinste marinierte Delikateß-Heringe	in Mayonnaisesauce Sack 20 Pf.
Hähnels Wm. Birna	Zum Selbstmarkieren: beste märkte holz und dicke Heringe
Schmiedestraße 21 Niederr. im Hofe rechts	1 Pfund 40 Pf. 7/8% Rückvergütung! H. Köper, Freital 2

Speisezimmer	400.-
richt. Fleisch m. Nudeln kompl. ...	Spätzle-Geschn. Fischer Glas- u. 26 - Linie 3 u. 26

Den Verleiter der
Arbeiterstimme
verlangt man unter

Mr. 17259

Mehr 
Umzugsausverkauf
ist Ihr Vorteil!

Versäumen Sie nicht
die günstige Gelegenheit!

Karl Scholz, Kürschnermeister
Pelz- und Lederbekleidung
Hüte . Mützen

• Ab Februar in PIRNA, Breite Straße 1, Porzellanhaus Lauscha

Nur bei dem Geschäftsmann kaufen,
dessen Inserate in unserer Zeitung laufen!

GÖRLITZER

Das willkommenste Weihnachtsgeschenk für die Hausfrau sind
Gemüse- und Früchte-Konserven

Stangen-Spargel 1/1.-M.-Dose von 210 g an
Brock-Spargel 1/1.-M.-Dose von 155 g an
Schnitt-Spargel o. R. 1/1.-M.-Dose 170 g

Gemüse-Erbse

Junge Erbsen

Raiserschoten

1/1.-M.-Dose 65 g

1/1.-M.-Dose von 85 g an

1/1.-M.-Dose 180 g

Zarte Schnittbohnen 1/1.-M.-Dose 55 g

Allerj. g. Stg.-Schnittbohnen 1/1.-M.-Dose 85 g

Geschnittene Karotten 1/1.-M.-Dose 40 g

Junge Wachsbrechbohnen — Prinzenbohnen — Sellerie in Scheiben — Morcheln — Champignons

1/1.-M.-Dose von 90 g an

Bayerische Steinpilze 1/1.-M.-D. 160 g

Gemischtes Gemüse in anerkannt seinen Mischungen 1/1.-M.-Dose von 90 g an

Inländische und ausländische Kompott-Früchte in reicher Auswahl:

Birnen 1/1.-M.-Dose 140 g

Erdbeeren 1/1.-M.-Dose 125 g

Kirschen rot 1/1.-M.-Dose 150 g

Apfelmus

Pflaumen 1/1.-M.-Dose

Mirabellen

1/1.-M.-Dose 60 g

1/1.-M.-Dose 90 g

1/1.-M.-Dose 150 g

Ananas in Scheiben 1/1.-M.-Dose von 175 g an

Spanische Aprikosen 1/1.-M.-Dose 125 g

Kalif. Frucht-Salat 1/1.-M.-Dose 225 g

GÖRLITZER

Waaren-Einkaufs-Verein

WAAREN-EINKAUF

A

Günstige Einkaufsquellen für Arbeiter, Angestellte und Beamte in Groß Dresden

Dresden-A.

Für jeden Beruf und Zweck **Neustadt-Schuhe**

Lederausschnitt und säm.liche Bedarfsartikel preiswert und gut nur bei
Alfred Hackel, Falkenstraße Nr. 10 54163

Sechser-Kneipe / Poppitz Nr. 13 Arbeiterverkehrslokal 54198

MARGARINE!
von Fettsstoff's Werken ist die beste! 54187

Residenz-Buffet und Konditorei
Seestraße 7 / Filialen: Waisenhaus- und Wilsdruffer Straße 54196

Zum Rheinländer
Maternistraße 8 / Fernsprecher 23 998
Arbeiterverkehrslokal 1 54164

Brot, Brot- und Gebäckwaren kaufen Sie bei
Brot Rießling, St. Plauensche Straße 42 54161

Moritz Richter
Josephinenstraße 5
Herren- und Damen-Frisiersalon
Spezialität: Bubikopfplastik 54159

Wurstfabrik Herm Renz Nachtg.
nur noch Schiefeleistraße 13
Prima Fleisch- u. Wurstwaren 54191

Zigarren, Zigaretten, Tabake nur
Maternistr. 12, Kurt Lindner 54200

„Georgenbad“
Sämtliche Kurbäder
Moritzstr. 18, Ecke Gewandhausstr.
54184

Landhaus-Drogerie
Das Fachgeschäft in
Fäden, Lacken, Heilkräutern
nur Landhausstraße 15 54192

Alle freiverkäuflichen
Kräuter
kaufen man in bester Qualität bei
C.G. Klepperbein
Frauenstraße 9 54282

Reserviert 20 54281

Carstensen
Pillnitzer Straße 5
Schneiderartikel
Strümpfe — Handschuhe 54280

Es geht um
Ihre
Gesundheit!
Darum kaufen Sie Leib-
binden, Bandagen, Krampf-
oderstrümpfe, Plattfußfa-
logen u. Santi-
fätzärkel nur
im Fachgeschäft:


Dresdner Orthopädische
Werkeleien G. m. b. H.
nur Ferdinandplatz 1 54279

Drogen-Spezialhaus
Kräutergewölbe
Farben, Lacke, Pinsel usw.
Salzholz & Bley
Pillnitzer Straße 20 54180

Schöne Billige Hüte
in Riemannwahl u.
allen Kopfweiten
Radeberger
Hüttentrieb
Nur Moritzstr. 9
54106

Kauft
bei
unseren
Inserenten!
•

In jedes Haus
Schokoladen
von Clauß 54107

Wurst-Scherber

LEIICH

WURST

BUTTER

EIER

MÖLKEREI

ERZEUGNISSE

ZU NIEDRIGSTEN PREISEN!

Unsere Verkaufsstellen:
Dresden-Löbtau
Kesselsdorfer Str.
Dresden-Neustadt
Alaunstraße 28

Antonsalle Stand 270-272

Neustädter Halle Stand 8-10

Neustädter Halle Stand 146-147

CENTRAL-THEATER
TUNNEL

Waisenhausstraße / Dresden's populärste Kleinkunstbühne / Das Kabarett der Komiker / Täglich 20.00 Uhr

Tischler- und Polster-
Dresden-A.1, Rosens rasse 45

(Name Ammons rasse)

Eine Werkstatt / Feinrahmen / Bei Barzahlung 10% Rabat

Radio-Grohmann
54157

Bruno Seibig
Dürerstr. 1, Ecke Delicatessenstraße
Seine Fleisch- und Wurstwaren 54001

Franz Görner / Holbein

Feinste Fleisch- u. Wurstwaren

Schmidts Metzgerei
Dürerstraße 2 54001

Feinbäckerei
Bruno Schieder, Dürerstraße 54105

H.E.O.
Röhrlhofsgasse 54105

Schnell-Schuh-Reparatur

Oswald Machis
Hauptlager: Kau bachtstraße 21
1. Etage, Ecke Pillnitzer Straße

Möbel aller Art
große Auswahl, billige Preise
Günstige Zahlungsbedingungen 54001

Werkzeuge

für jedes Handwerk, für den Haushalt, Elektro-, Holzwaren, Beschläge, Feuerzeugen, gründliche Dekorationen 54117

E. Harnapp
Dorfstr. 11, Schlossberg 1, Pillnitzer Straße 141

Hermann Gruber
Annenstraße 14, Annenstraße 9, Rosenstraße 10
Schokola ein und Zuckera wein en dattl. en grün. Bekannt bei dattl. 54008

Lebensmittelhaus M. Högl
Kleine Frauenstraße 22 54008

H. F. Fleisch- und Wurstwaren
Alfred Mann, Fleischmeister, Kleine Fleischstraße 10 54059

Eure Besuchungsanstalten sind:
Dresden Altstadt: Marschallstraße 10
Dresden-Altstadt: Weißer Hirsch 24
Dresden-Neustadt: Görlitzer Straße 4
Dr.-Neusa: 1: Großenhainer Straße 10
Dresden-Bl. 1: Weißer Hirsch: Bautzner Landstraße 10
Dresdener Schnellbesuchungsanstalt 54004

Ernst Küpper
54104

Postplatz-Automat
b stens empfohlen 54104

Hotel Annenhof
Annensstraße 23-25
Nähe Hauptpost, Telefon 2-19
Preiswerte Gaststätte und
Sehenswürdigkeiten
Autogaragen und Kegelbahnen 54008

Emil Heyne, Friseur
Dresden-A., Pariser Straße 49
empfiehlt sich der Arbeiterschaft 54018

Verkaufsstellen in allen Stadt-
tellen Dresdens, außerdem in

Chemnitz / Freiberg / Meißen

Dippoldiswalde und Oederan

GÖRLITZER
Lebensmittel, Feinkost, Wein,
Spiritosen, Tabakerzeugnisse
Kohlen
EINKAUFSSÄTTE ALLER BERUFSCHICHTEN 54781

Seidenstoffe, Bänder, Krawatten, Tücher
Seidenhaus Carl Schneider
Altmarkt 8 54118

+ Hartig's Drogerien +
Rosenstraße 24 u. 47 / Fernruf 15154
Vorteilhafte Einkaufsquellen 54202

Raucht „OSTEN“ Zigaretten
OSTEN ZIGARETTE „Osten-Stern“ 31/ PL.
„Osten-Ural“... 5 PL. 54284

Daechte Kulmbach.Bierhaus
Alt-Gaßmeyer
die führende bayrische Bierstube
Dresden, nur Schloßstraße 21
Direkte Bierkeller-Kühlung, keine Tische
Besitzer H. Weile 54200

Offenbacher Lederwaren
Vertriebsgesellschaft mbH
Größtes Spezial-Geschäft Dresden!
54285 Amalienstraße 24 / Altenstraße 43 / Kesselsdorfer Straße 20

Lebensmittel / Olo Bürger
Zinzendorfstraße 55, Ecke Pirnaische Straße
Zweigeschäfte: Kötzschenbroda, Hahnstraße 6
Ottendorf-Okrilla, Rathenastraße 2 54100

Deutsche Herrenmoden
Webergasse 26 nur gegenüb. d. Bärenschänke
Herren Anzüge zu spottbilligen
Mäntel Preisen 54082

Manufaktur- und Modewaren
Groß. Dörfle Co.
Spezialabteilung: Damenbüste
Freiberger Platz 20/24 54293

Tuchhaus

Törschel Stoffe
Dresden-C. Schaffelfür. 21
Ruf 13725
Berren-Damen-Futter
Reserviert 211 54036
Schild-, Tüft-, Sticker- u. Besatzstoffe, Stoffe

SCHOKOLADEN-FABRIK
Bruno Clauß

Nach immer
billigste Bezugs-
quelle für

Fahrräder
Zubehör
Reparaturen

Schmelzer
GMBH
Ziegelstr. 19

Noch immer
billigste Preise
für Fahrräder

Leihhaus Ziegelseite 14, I

KARL WAHL • Telefon 10728

54104

Fleisch- u. Delikatessenhandlung

Höhle's Nachf. D. Hirschitz

Ziegelstraße 9

54009

Emil Heyne, Friseur

Dresden-A., Pariser Straße 49

empfiehlt sich der Arbeiterschaft

54018

Reserviert 98

54107